



Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft

Dr. Dietrich Engels
Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik e.V.

Köln, im November 2004

Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft

Gliederung

	Seite
Vorbemerkung	1
1. Einführung: Demokratie, Partizipation und Ausgrenzung	1
1.1 Engagement als Beitrag zu einer lebendigen Demokratie	1
1.2 Konzeptioneller Zusammenhang von Armut und Partizipation	4
1.3 Ausgrenzung auf gehobenem Niveau: Eingeschränkter Zugang zur gesellschaftlichen Elite	6
1.3 Indikatoren und Datenquellen	6
2. Umfang der Teilhabe an Politik und Gesellschaft	9
2.1 Politische Partizipation	9
2.2 Soziale und kulturelle Partizipation	12
3. Einflussfaktoren der Teilhabe	15
3.1 Einflussfaktor Geschlecht: Partizipation von Frauen und Männern	15
3.2 Partizipation und Alter: unterschiedliche Trendprognosen für Jüngere und Ältere	17
3.3 Bildung als teilhabefördernder Faktor	22
3.4 Teilhabechancen und Behinderung	23
3.5 Durch Migration bedingte Integrationsprobleme	25
4. Einkommenslage und Partizipation	26
4.1 Einkommenslage und politische Partizipation	26
4.2 Einkommenslage und gesellschaftliche Partizipation	29
5. Privilegierte Lebenslagen	31
5.1 Struktur und Veränderung gesellschaftlicher Eliten	31
5.2 Partizipationschancen und Zugangsbarrieren	32
6. Zusammenfassung und Fazit	33
6.1 Zusammenfassung	33
6.2 Fazit	35
Literaturverzeichnis	36

Vorbemerkung

Die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung wurde als ein Prozess der kontinuierlichen Beobachtung, Analyse und Handlungsplanung im Jahr 2000 begonnen und in den Folgejahren fortgeführt. Nach der Veröffentlichung des 1. Armuts- und Reichtumsberichts im April 2001 ist im Frühjahr 2005 die Veröffentlichung des 2. Armuts- und Reichtumsberichts vorgesehen. In diesen Berichtsprozess ist ein Kreis von Fachwissenschaftlern einbezogen, die in Form einzelner Expertisen zur Klärung grundlegender methodischer und inhaltlicher Fragen sowie einzelner Spezialbereiche, die noch nicht hinreichend aufbereitet sind, beitragen. Einer dieser Bereiche ist der des politischen und gesellschaftlichen Engagements, zu dem zwar eine umfangreiche Literatur vorliegt, die aber nicht auf den spezifischen Aspekt einer Verknüpfung mit den Fragen von Armut und sozialer Ausgrenzung bzw. privilegierter Lebenslage zugespielt ist. Die vorliegende Expertise „Armut, soziale Ausgrenzung und Teilhabe an Politik und Gesellschaft“, die vom Institut für Sozialforschung und Gesellschaftspolitik (ISG Köln) erstellt wurde, referiert aktuelle Forschungsergebnisse und präsentiert die Ergebnisse eigener Analysen, um zur Klärung dieser Frage beizutragen. Dabei erhebt sie nicht den Anspruch einer vollständigen und abschließenden Darstellung, sondern versteht sich als Beitrag zu einer in Zukunft fortzuführenden Diskussion.

1. Einführung: Demokratie, Partizipation und Ausgrenzung

1.1 *Engagement als Beitrag zu einer lebendigen Demokratie*

In einem repräsentativen demokratischen System wie der Bundesrepublik Deutschland werden politische Entscheidungen von Regierungsorganisationen gefällt und umgesetzt, die durch demokratisch gewählte Parlamente legitimiert werden. Die Bürgerinnen und Bürger gestalten ihre politischen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse also nicht unmittelbar („basisdemokratisch“), sondern grundsätzlich mittels periodisch wiederholter Wahlentscheidungen. Würde sich allerdings der gestaltende Einfluss darauf beschränken, bliebe die Demokratie recht abstrakt und liefere Gefahr, dass eine isolierte politische Klasse ohne Rückhalt in der Bevölkerung regiert. Demgegenüber zeichnet es eine lebendige Demokratie aus, dass die regierenden Personen und Organisationen in einer fließenden Kommunikation mit den Bürgerinnen und Bürgern stehen, die sie repräsentieren, sich für deren Interessen und Meinungen sensibel zeigen und ihre Entscheidungen nicht nur auf eine formale, sondern auch auf eine laufend vergewisserte und bestätigte inhaltliche Legitimation gründen.¹ Dies erfordert auch in einer repräsen-

¹ Dazu grundlegend Habermas, Jürgen, Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962 (Neuauf.: Frankfurt a.M. 1990)

tativen Demokratie ein vielfältig abgestuftes Spektrum an Partizipationsformen (von informellen Kundgebungen über Interessenvereinigungen bis zu formellen Parteiaktivitäten), in denen über periodische Wahlentscheidungen hinaus Impulse und Anregungen der Bürgerinnen und Bürger politisch wirksam werden.

Zudem ist administratives Handeln auch dadurch begrenzt, dass es zwar strukturelle Rahmenbedingungen festlegt, aber deren konkrete Ausgestaltung in der Lebenswelt der Bürgerinnen und Bürger nicht selbst arrangieren kann; vielmehr ist es auf deren Mitwirken und deren eigenständige Aktivitäten als komplementäre Kraft angewiesen. In der neueren sozialpolitischen Diskussion wird die Vielfalt dieser Aktivitäten, die über den politischen Bereich hinaus in sozialen, kulturellen und geselligen Bereichen zu beobachten sind, unter dem Begriff des „bürgerschaftlichen Engagements“ zusammengefasst.

Politisches und bürgerschaftliches Engagement sind somit Handlungsformen, in denen die Bürgerinnen und Bürger an der Gestaltung von politischen und gesellschaftlichen Lebensverhältnissen partizipieren und mitwirken. Das Ausmaß, in dem diese Mitwirkung erfolgt, kann als Indikator für eine lebendige Demokratie gewertet werden:

„Demokratische Bürgerschaft ist gleichzeitig mit dem Anspruch aktiver Teilhabe verbunden, d.h. mit der Bereitschaft, sich informiert in die politische Willensbildung einzumischen, sich an Wahlen und Abstimmungen zu beteiligen sowie öffentliche Aufgaben und Ämter zu übernehmen. Da Demokratien zudem weitgehend auf Zwang verzichten wollen und können, wird bürgerschaftliches Engagement zur politischen Tugend, die die ‚gute Bürgerin‘ bzw. den ‚guten Bürger‘ auszeichnet. Es ist gleichzeitig der Gradmesser für die demokratische Qualität eines Gemeinwesens.“²

Eine so verstandene, durch partizipative Mitwirkung der Bürgerinnen und Bürger konstituierte Gesellschaftsform beschreibt Thomas Olk unter dem Stichwort der Bürgergesellschaft:

„Bürgergesellschaft beschreibt ein Gemeinwesen, in dem sich die Bürgerinnen und Bürger im Rahmen der politischen Demokratie selbst organisieren und auf die Geschichte des Gemeinwesens einwirken können. Im Spannungsfeld von Markt, Staat und Familie wird Bürgergesellschaft überall dort sichtbar, wo sich freiwillige Zusammenschlüsse bilden, wo Teilhabe und Gestaltungsmöglichkeiten genutzt werden.“³

Noch stärker betont die Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“ den Stellenwert des bürgerschaftlichen Engagements, indem sie dieses als konstitutives Element gesellschaftlicher Integration und Innovation wertet:

² Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hg.), Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen 2002, S. 76

³ Olk, Thomas, Bürgerschaftliches Engagement. Eckpunkte einer Unterstützung freiwilliger und gemeinwohlorientierter Aktivitäten in Staat und Gesellschaft, in: neue praxis 3-4 / 2003, S. 306 ff, hier S. 312

„Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement sind unverzichtbar für den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Mehr noch: Auch die Zukunftsfähigkeit unseres Landes hängt davon ab, dass Bürgerinnen und Bürger Verantwortung für andere übernehmen und dies nicht zuletzt als Ausdruck ihrer persönlichen Freiheit verstehen. Der Zusammenhang von Engagement und Innovationsfähigkeit unserer Gesellschaft bedeutet für den Staat, vielfältige Möglichkeiten für Eigeninitiative, Mitgestaltung und Beteiligung für Bürgerinnen und Bürger aller Generationen zu eröffnen.“⁴

Dieser enge konzeptionelle Zusammenhang von Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement versteht sich nicht nur als Diagnose, sondern auch als weiter zu entwickelndes Reformprojekt, das an die Erfüllung bestimmter Voraussetzungen geknüpft ist:

„Das Projekt Bürgerdemokratie setzt voraus, dass sich die etablierten Organisationen der Interessenvermittlung in Richtung Bürgerschaft öffnen und nicht für sie, sondern mit ihr planen und entscheiden.“⁵

Diese Verknüpfung bleibt nicht auf den nationalen Rahmen beschränkt, sondern bildet auch eine wichtige Voraussetzung zur Demokratisierung der internationalen Politik; diese könne befördert werden, „wenn Nichtregierungsorganisationen und transnationale Initiativen durch mehr Transparenz und nachhaltige Beteiligungsformen stärkeren Einfluss auf die politische Agenda des Bundes und der internationalen Organisationen nehmen können.“⁶

Die hier beschriebenen Formen des Engagements sind in einem intermediären Handlungsfeld angesiedelt, das sich auf der einen Seite von privatem und auf der anderen Seite von professionellem Handeln unterscheidet. Es hat einen stärkeren gesellschaftlichen Charakter als private Aktivitäten (wie Freizeittätigkeiten oder familiäre Eigenhilfe), und es hat einen privateren Charakter als die Berufstätigkeit von professionellen Akteuren in diesen Handlungsfeldern (wie Politiker, Funktionäre oder soziale Berufsgruppen).⁷ Inhaltlich lassen sich die einzelnen Handlungsfelder unterschiedlich abgrenzen; meist werden „politisches Engagement“ und „bürgerschaftliches Engagement“ als komplementäre Formen unterschieden, die sich auf das politische System bzw. auf andere Systeme wie Sozialsystem, Kultur, Sport etc. beziehen. Manche Autoren verwenden aber auch „bürgerschaftliches Engagement“ als übergreifenden Begriff,

⁴ Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“, Perspektiven für Freiwilligendienste und Zivildienst in Deutschland, Berlin 2004, S. 3

⁵ Evers, Adalbert / Olk, Thomas/ Roth, Roland / Kortmann, Karin, Engagementpolitik als Demokratiep politik: Reformpolitische Perspektiven für Politik und Bürgergesellschaft, in: neue praxis 4 / 2002, S. 416 ff

⁶ Ebd.; vgl. auch Berndt, Michael / Sack, Detlef, Globalisierung, Demokratie und Partizipation, in: Dies. (Hrsg.): Global Governance? Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung, Wiesbaden 2001, S. 29 ff

⁷ Zu dieser Abgrenzung vgl. Engels, Dietrich, Soziales, kulturelles, politisches Engagement, Köln 1991, S. 8 f.

der alle übrigen Formen der Partizipation umfasst. In diesem Sinne führt etwa die Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“

- politisches Engagement
- soziales Engagement
- Engagement in Vereinen, Verbänden und Kirchen
- Engagement in öffentlichen Funktionen
- Formen der Gegenseitigkeit (z.B. Nachbarschaftshilfe)
- Selbsthilfe
- bürgerschaftliches Engagement in und von Unternehmen

als unterschiedliche Konkretisierungen des bürgerschaftlichen Engagements auf,⁸ wobei diese Auflistung offensichtlich weder erschöpfend noch disjunkt ist (formale und inhaltliche Zuordnungskriterien überschneiden sich teilweise).

Die Chancen einzelner Bevölkerungsgruppen zu einer Mitgestaltung im Sinne eines politischen oder gesellschaftlichen Engagements können ungleich verteilt sein. So ist durch empirische Untersuchungen belegt, dass insbesondere ein höheres Bildungsniveau mit höheren Engagementquoten korreliert.⁹ Die Enquete-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements interessiert sich insbesondere für Unterschiede der Teilhabe, die durch die Merkmale Geschlecht, Alter, Nationalität und Region (West- und Ostdeutschland) begründet sind. Im Hinblick auf die Armuts- und Reichtumsberichterstattung ist vor allem von Interesse, wie sich Armutslagen, insbesondere schlechte Einkommenssituation und niedriger sozialer Status, auf die politische und gesellschaftliche Partizipation auswirken.

1.2 Konzeptioneller Zusammenhang von Armut und Partizipation

Ein umfassend verstandener Armutsbegriff bezieht sich nicht nur auf materielle Armut, sondern auch auf Ausgrenzung vom politischen, kulturellen und gesellschaftlichen Leben. Durch dieses Konzept lässt sich auch die Europäische Kommission in ihren Strategien zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung leiten:

„Soziale Ausgrenzung ist ein Prozess, durch den bestimmte Personen an den Rand der Gesellschaft gedrängt und durch ihre Armut bzw. wegen unzureichender Grund-

⁸ Bericht der Enquete-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, a.a.O. S. 65 f

⁹ Hinsichtlich des Freiwilligensurveys 1999 etwa Zierau, Johanna, Genderperspektive – Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen, in: Picot, Sibylle, Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Schriftenreihe des BMFSFJ Bd. 194.3, Berlin 2000, S. 15 ff; hier S. 56

fertigkeiten oder fehlender Angebote für lebenslanges Lernen oder aber infolge von Diskriminierung an der vollwertigen Teilhabe gehindert werden. Das erzeugt eine Distanz zu den Beschäftigungs-, Einkommens- und Bildungsmöglichkeiten und auch zu den sozialen und gemeinschaftlichen Netzen und Maßnahmen. Sie haben kaum Zugang zu den Macht- und Entscheidungsgremien und fühlen sich daher oft machtlos und außerstande, auf die Entscheidungen, die sich auf ihr tägliches Leben auswirken, Einfluss zu nehmen“.¹⁰

In welchem Umfang Individuen die gesellschaftlichen Verhältnisse in ihrer Umgebung mit beeinflussen können, ist eine Form der Gestaltungsfähigkeit der Lebensführung, die Amartya Sen unter der Bezeichnung „Capabilities“ zum Schlüsselbegriff seiner Untersuchungen zu Armut und Ungleichheit gemacht hat:¹¹

“Capability is, thus, a set of vectors of functionings, reflecting the person’s freedom to lead one type of life or another.“

Sen geht somit von mehreren Faktoren aus, die einerseits durch die Handlungskompetenzen der Individuen bzw. sozialen Gruppen und andererseits durch objektive Handlungsbedingungen beeinflusst werden. Durch deren Zusammenwirken werden Handlungsspielräume markiert.

Die Chancen, politische Entscheidungsprozesse mitgestalten und sich am kulturellen und gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können, stehen mit Faktoren wie Bildung und sozioökonomischem Status, aber auch mit dem Umfang verfügbarer Zeit in Zusammenhang. Daher markiert die Frage, in welchem Maße sich Bürgerinnen und Bürger in politischen und gesellschaftlichen Bereichen engagieren, welche Zusammenhänge zwischen diesem Engagement und Faktoren wie Bildungsniveau, Einkommenslage und Geschlecht bestehen und wie sich einzelne Bevölkerungsgruppen hinsichtlich ihrer politischen und gesellschaftlichen Partizipation unterscheiden, einen Interessenschwerpunkt im Rahmen der Armuts- und Reichtumsberichterstattung. Angesichts der eingangs entfalteten Implikationen politischer und gesellschaftlicher Teilhabe für das Funktionieren einer lebendigen Demokratie geht es damit letztlich um die Frage, ob das demokratische System in Deutschland allen Bürgerinnen und Bürgern die gleichen Gestaltungsmöglichkeiten eröffnet, oder ob sich soziale Ausgrenzung unter anderem auch darin manifestiert, dass bestimmten Bevölkerungsgruppen geringere Chancen der Teilhabe zur Verfügung stehen als anderen, privilegierten Gruppen.

¹⁰ Europäische Kommission, Gemeinsamer Bericht über die Soziale Eingliederung als Fazit der Auswertung der Nationalen Aktionspläne für soziale Eingliederung (2003-2005), Brüssel 2003, S. 10

¹¹ Sen, Amartya, *Inequality re-examined*, Oxford 1992, S. 40

1.3 Ausgrenzung auf gehobenem Niveau: Eingeschränkter Zugang zur gesellschaftlichen Elite

Wenn auch die Prozesse von Partizipation und Ausgrenzung im Zusammenhang mit der Überwindung von Armut im Vordergrund stehen, so schließt doch die Armuts- und Reichtumsberichterstattung der Bundesregierung bewusst auch die komplementäre Perspektive mit ein, in der am anderen Ende der sozialen Hierarchie Zugangsmöglichkeiten zu bzw. Ausgrenzung von Privilegien untersucht werden.¹² Auch dabei ist zwischen materiellen Partizipationschancen wie etwa kaum eingeschränkten Konsummöglichkeiten auf Grund von Vermögenskonzentration einerseits und nicht-monetären Aspekten wie dem Zugang zu Macht- und Führungspositionen andererseits zu unterscheiden. Mechanismen der Ausgrenzung haben in diesem Zusammenhang zwar keine existenziellen Notlagen zur Folge, verstoßen aber gegen den Grundsatz gleicher Entwicklungschancen für alle Bevölkerungsgruppen.

1.4 Indikatoren und Datenquellen

Als einen ersten, vorläufigen Indikator für politisches Engagement wertet der „Datenreport 2004“ des Statistischen Bundesamtes das Maß an politischem Interesse. Dieses von den Befragten (etwa des ALLBUS) selbst eingeschätzte Datum ist jedoch eine sehr „weiche“ Information, die über den Grad politischer Teilhabe u.E. wenig aussagt.

Ein härteres Kriterium wird zu Grunde gelegt, wenn die Beteiligung an politischen Entscheidungsprozessen an der Wahlbeteiligung und somit am tatsächlichen Verhalten bemessen wird.¹³ Eine hohe Wertschätzung dieses Indikators bringen die Autoren des „Datenreports 2004“ zum Ausdruck:

„Für die Lebendigkeit der Demokratie ist es von entscheidender Bedeutung, in welchem Maße die Bürgerinnen und Bürger von ihren in der Verfassung garantierten Rechten Gebrauch machen und damit Einfluss auf die politische Willensbildung nehmen. Die Ausübung des Wahlrechts, mit der über die Zusammensetzung der demokratischen Vertretungen in Gemeinde, Land und Bund entschieden wird, spielt dabei die zentrale Rolle. Da in der Bundesrepublik Deutschland keine Wahlpflicht besteht, wird die Wahlbeteiligung – unter gewissen Einschränkungen – als Gradmesser für das politische Engagement der Menschen herangezogen.“¹⁴

¹² Vgl. Engels, Dietrich / Sellin, Christine, Konzept- und Umsetzungsstudie zur Vorbereitung des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, BMA-Forschungsbericht Nr. 278, Bonn 1999

¹³ Zu neueren Analysen des Wahlverhaltens vgl. Rattinger, Hans/ Faas, Thorsten, Politische Konsequenzen von Arbeitslosigkeit: Eine Analyse der Bundestagswahlen 1980 bis 2002, in: M. Wüst (Hg.), Politbarometer, Opladen 2003, S. 205-238; Rattinger, Hans/ Maier, Jürgen, Economic Conditions and Voting Behavior in German Federal Elections 1994-2002, in: German Politics 13 (2004), S. 201-217

¹⁴ Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen,

Wahlen bieten jedoch nur sporadische und zudem stark standardisierte Möglichkeiten politischer Beteiligung, die Spielräume individueller Mitwirkung und der Mitgestaltung von Lebensverhältnissen sind dabei stark reduziert und hochgradig formalisiert. Das Wahlverhalten spiegelt daher nur sehr eingeschränkt die Verankerung von Bürgerengagement und Partizipation im alltäglichen Leben der Bürgerinnen und Bürger wider.

Im Zusammenhang mit der Operationalisierung von „Verwirklichungschancen“ (in Anknüpfung an A. Sen) schlägt Volkert einen umfassenderen Ansatz vor:

„Ein hohes Maß an politischer Beteiligung und politischen Chancen, das eine Beeinflussung der gesellschaftlich bedingten Chancen ermöglicht, ließe sich z. B. durch Indikatoren zur Mitgliedschaft oder Mitarbeit in politischen oder gesellschaftlichen Institutionen operationalisieren. Denkbar sind ferner Indikatoren, die den Zugang und die Zugehörigkeit zu politischen Spitzenpositionen ausweisen.“¹⁵

Als Datengrundlage für ein in dieser Weise differenziertes Bild der politischen und gesellschaftlichen Partizipation können repräsentative Bevölkerungsbefragungen wie etwa die „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) dienen.¹⁶ Der ALLBUS enthält Daten zur Mitgliedschaft in Parteien und Gewerkschaften, Bürgerinitiativen und religiösen Gemeinschaften, zu einzelnen politischen Aktivitäten und zum bürgerschaftlichen Engagement, die unter Berücksichtigung von soziodemografischen Merkmalen, sozioökonomischen und regionalen Lebensbedingungen ausgewertet werden können.

Weitere Datenquellen zu dieser Thematik sind die 1999 durchgeführte „Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement“ (Freiwilligensurvey 1999), die detaillierte Informationen über Formen, Bereiche und

Mannheim (ZUMA), Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004, S. 168

¹⁵ Volkert, Jürgen, Reichtumsberichterstattung – konzeptionelle und methodische Überlegungen aus der Perspektive von Amartya Sens Konzept der Verwirklichungschancen („Capabilities“), in: Aspekte der Armut- und Reichtumsberichterstattung: Reichtum und Eliten – Haushaltsproduktion und Armutsprävention, hrsg. vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2004, S. 12 ff, hier S. 23

¹⁶ Die „Allgemeine Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften“ (ALLBUS) wird in zweijährlichen Abständen vom Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen (Mannheim) und dem Zentralarchiv für Empirische Sozialforschung (Köln) durchgeführt und durch einen wissenschaftlichen Beirat begleitet. Der ALLBUS wurde 1980 – 1986 und 1991 von der DFG und anschließend von Bund und Ländern gefördert. Befragt werden deutschsprachige Personen ab 18 Jahren, die in Privathaushalten wohnen. – Die folgenden Analysen basieren auf den Erhebungen der Jahre 2000 (mit 3.804 Befragten) und 2002 (2.820 Befragte). Soweit im Folgenden eigene Analysen des ALLBUS durchgeführt werden, basieren diese möglichst auf der 2000er Erhebung, da nach Angaben des Zentralarchivs diese Stichprobe einen höheren Repräsentativitätsgrad aufweist als die aktuellere Stichprobe des Jahres 2002; diese wird nur für die Aspekte herangezogen, die in der Erhebung 2000 nicht abgefragt wurden.

Motive des bürgerschaftlichen Engagements gibt.¹⁷ Diese Erhebung wurde fünf Jahre später wiederholt (Freiwilligensurvey 2004), hierzu wurden aber noch keine detaillierten Ergebnisse veröffentlicht.¹⁸

Ebenfalls sehr detailliert und mit besonderem Fokus auf der zeitlichen Verankerung des Engagements und einzelner Hilfeleistungen im Alltagskontext wurde die Thematik des bürgerschaftlichen Engagements in der „Zeitbudgetstudie 2001/2002“ untersucht.¹⁹

Weiterhin wurde ehrenamtliches Engagement im Rahmen des Sozio-oekonomischen Panels in den Jahren 1985 und 1996 erhoben.²⁰ Auf Grund der komplexen Datenstruktur des SOEP erlauben diese Daten zwar sehr spezifische Analysen, allerdings ist nicht auszuschließen, dass der Panelcharakter die Repräsentativität der Ergebnisse einschränkt, sodass sowohl im Hinblick auf die Repräsentativität als auch auf die Aktualität die Ergebnisse des Freiwilligensurveys vorzuziehen sind.

Eine neuere Zusammenstellung von Daten zu politischer Partizipation und bürgerschaftlichem Engagement bietet der vom Statistischen Bundesamt herausgegebene „Datenreport 2004“, der zu dieser Thematik vor allem Auswertungen der Wahlstatistik, des Sozio-oekonomischen Panels und der oben skizzierten ALLBUS-Untersuchung zusammenstellt.²¹

Umfang und Struktur der politischen Partizipation lassen sich anhand der Indikatoren der Mitgliedschaft und aktiven Mitwirkung in Parteien, Gewerkschaften und Bürgerinitiativen untersuchen. Die Analyse der sozialen und kulturellen Partizipation erfolgt anhand der Indikatoren der Mitgliedschaft und aktiven Mitwirkung in Vereinen und vor allem in Form des bürgerschaftlichen Engagements.

¹⁷ Im „Freiwilligensurvey 1999“ wurden knapp 15.000 deutschsprachige Personen ab 14 Jahren in Privathaushalten befragt. Die Ergebnisse wurden in der Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bde. 194.1 – 194.3 veröffentlicht.

¹⁸ Bisher liegt nur vor: „Kurzzusammenfassung: 2. Freiwilligensurvey 2004 – Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, bürgerschaftliches Engagement,“ unter www.bmfsfj.de/Redaktion/BMFSFJ/Arbeitsgruppen/Pdf-Anlagen/2.freiwilligensurvey-kurzzusammenfassung.pdf

¹⁹ Die „Zeitbudgeterhebung 2001/2002“ wurde vom Statistischen Bundesamt in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder bei rund 12.000 Personen ab 12 Jahren in 5.400 Haushalten durchgeführt. Die Befragung erfolgte bundesweit per Quotenauswahl; sie ist die wichtigste Erhebung zur Zeitverwendung in Deutschland.

²⁰ Wagner, Gert et al., „Bürgerarbeit“: Kein sinnvoller Weg zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, DIW-Wochenbericht 04/1998

²¹ Statistisches Bundesamt (Hrsg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA), Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004

Im zweiten Abschnitt werden zunächst empirische Ergebnisse zu diesen Partizipationsformen im Allgemeinen dargestellt.

Im dritten Abschnitt werden Zusammenhänge zwischen Partizipation und Geschlecht, Alter und Nationalität aufgezeigt und damit besondere Einflussfaktoren analysiert.

Der Frage des Zusammenhangs zwischen Einkommenslage und Partizipation geht der vierte Abschnitt nach.

Der fünfte Abschnitt greift – unter Bezugnahme auf die Studie „Privilegierte Lebenslagen als Grundlage sozialer Hierarchie“, die das Berliner Institut für Sozialforschung im Rahmen der Armut- und Reichtumsberichterstattung erstellt hat – das Thema eingeschränkter Partizipationsmöglichkeiten an gesellschaftlichen Eliten auf.

2. Umfang der Teilhabe an Politik und Gesellschaft

Im Folgenden werden einige zentrale Ergebnisse zum Umfang der Teilhabe der Bürgerinnen und Bürger in Deutschland dargestellt, wobei zwischen politischer und gesellschaftlicher Partizipation unterschieden wird.

2.1 Politische Partizipation

Wertet man in einem ersten Zugang das von den im ALLBUS befragten Bürgerinnen und Bürgern selbst eingeschätzte Interesse an Politik als einen Indikator für politische Partizipation, so bietet sich das Bild eines wechselhaften historischen Verlaufs: Das politische Interesse steigt in den 1980er Jahren an und erreicht in der Zeit um die deutsche Vereinigung seinen Höhepunkt, geht danach aber wieder zurück.²² Allerdings erscheint dieser Indikator zu schwach, um über die oben skizzierte politische Partizipation im Sinne einer aktiven Mitgestaltung politischer Prozesse Auskunft geben zu können. Zu wenig Auskunft gibt dieser Indikator über Handlungsdispositionen, und zu sehr bleibt er der Ebene der Meinungen und Einstellungen verhaftet, die in diesem Falle nicht nur durch Persönlichkeitsmerkmale und gesellschaftlich eröffnete Handlungsspielräume, sondern auch durch die Interessantheit bzw. den Unterhaltungswert der Politik bestimmt werden.

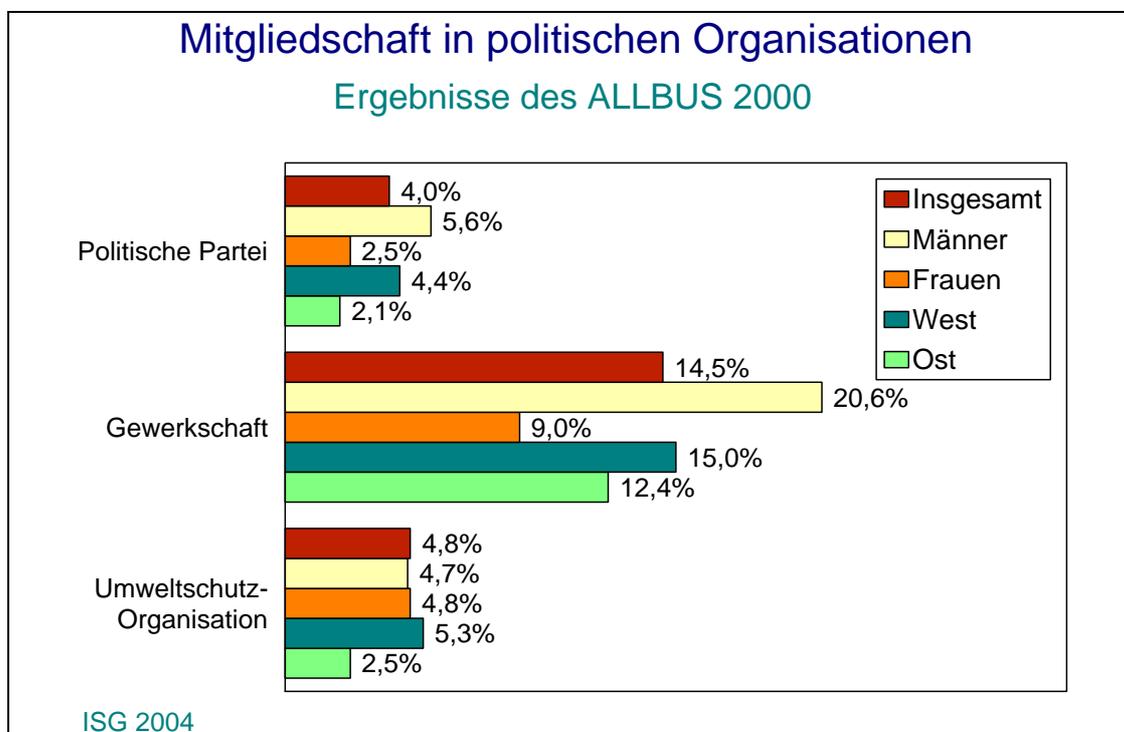
Im Hinblick auf den Grad der Partizipation ist demgegenüber die Mitgliedschaft in politischen Organisationen interessanter, weil diese zum einen Spielräume der Interessenvertretung und aktiven Gestaltung impliziert und zum andern eine längerfristig stabile

²² Statistisches Bundesamt, Datenreport 2004, a.a.O. S. 640

Aktivität erwarten lässt. Allerdings ist nur ein recht kleiner Anteil der erwachsenen Bevölkerung Mitglied einer Partei. Nach Auswertung des ALLBUS sind es bundesweit 4% (4,4% in Westdeutschland, aber nur 2,1% in den neuen Ländern; Abb. 1). Legt man die Mitgliederstatistiken der Parteien zu Grunde, so ist dieser Anteil noch geringer als in der ALLBUS-Stichprobe, nämlich 1,6 Mio. Personen bzw. 2,6% der Bevölkerung im wahlberechtigten Alter.²³

Auf vergleichbar niedrigem Niveau bewegt sich der Anteil der Mitglieder in Umweltschutzorganisationen (4,8%), wobei hier die Differenz zwischen Westdeutschland (5,3%) und neuen Ländern (2,5%) noch stärker ausfällt.

Abbildung 1:



Dagegen sind 14,5% der erwachsenen Bevölkerung Mitglieder einer Gewerkschaft, also einer Organisation, die noch direkter für die Eigeninteressen ihrer Mitglieder eintritt als die beiden anderen Organisationsformen. Der Anteil im Westen liegt mit 15,0% etwas höher als im Osten (12,4%).

In längerfristiger Betrachtung zeigt sich eine unterschiedliche Entwicklung in West- und Ostdeutschland. Während im früheren Bundesgebiet der Mitgliederanteil in Gewerkschaften trotz geringfügiger Schwankungen insgesamt doch recht stabil bleibt, ist in

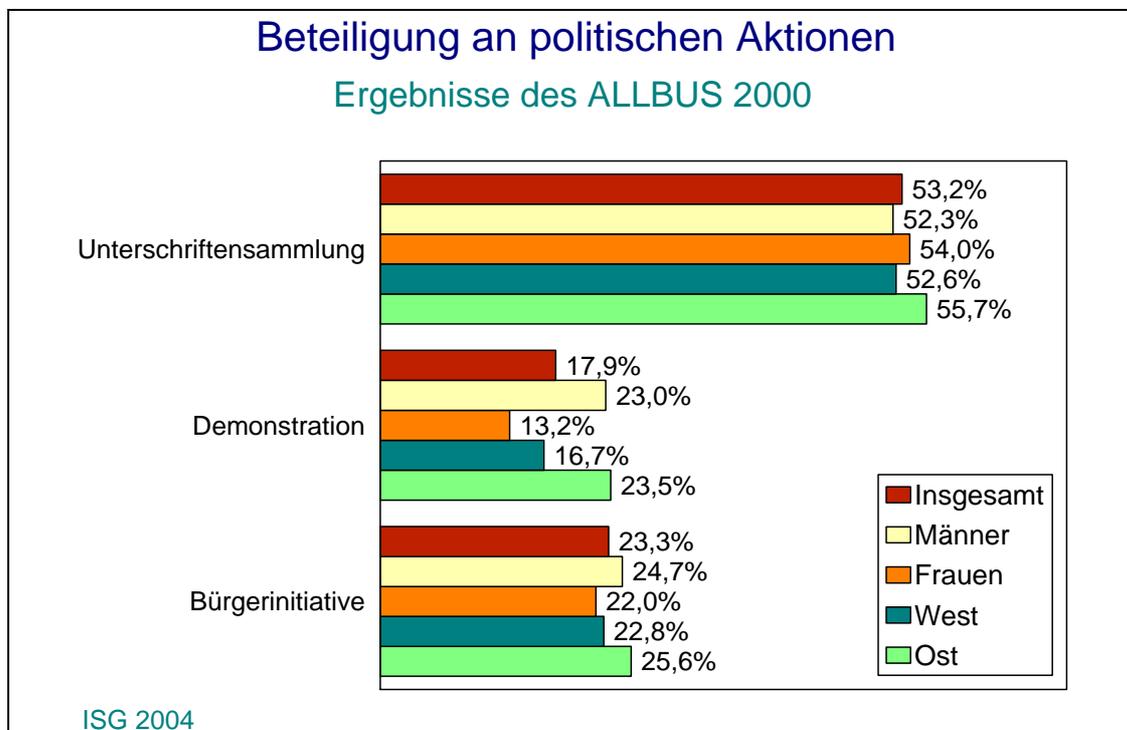
²³ Statistisches Bundesamt, Datenreport 2004, a.a.O. S. 177

den neuen Ländern ausgehend von einem hohen Niveau von 27% im Jahr 1992 ein starker Rückgang zu beobachten.²⁴

Das Engagement in Parteien und Gewerkschaften konzentriert sich allerdings auf bestimmte Bevölkerungsgruppen. Männer sind dort mehr als doppelt so häufig Mitglied wie Frauen. Dies spiegelt sich auch in der Besetzung von „Posten“ wider: Im Europäischen Parlament liegt der Frauenanteil bei 31,4%, im 15. Deutschen Bundestag bei 32,8%. Angesichts eines Frauenanteils von 51% in der Bevölkerung bedeutet dieses Drittel mithin eine klare Unterrepräsentation. Im West-Ost-Vergleich sind, wie erwähnt, die Bürgerinnen und Bürger aus dem früheren Bundesgebiet zu höheren Anteilen Mitglieder in politischen Organisationen als die der neuen Länder. Dieser regionale Unterschied betrifft ebenso die Mitgliedschaft in Umweltschutzorganisationen, bei der es aber keine Unterschiede zwischen Frauen und Männern gibt.

Während die Mitgliedschaft in einer Organisation auch passiv sein kann, wurde im ALLBUS ferner nach politischen Aktivitäten gefragt. Diese können spontaner und damit auch wechselhafter sein als stabile Mitgliedschaften; damit liegen aber auch die Aktivierungsschwellen niedriger als bei formeller Partizipationsform, und es werden mehr Bürgerinnen und Bürger einbezogen.

Abbildung 2:



²⁴ Statistisches Bundesamt, Datenreport 2004, a.a.O. S. 643 f

In Abb. 2 sind nur die Antworten einer bisher tatsächlich erfolgten Beteiligung wiedergegeben, nicht die (in der Frageformulierung ebenfalls vorgesehene) zukünftig mögliche Beteiligung. Dabei ist die Beteiligung an einer Unterschriftenaktion offensichtlich recht niederschwellig, denn gut die Hälfte der erwachsenen Bürgerinnen und Bürger gibt an, sich daran schon einmal beteiligt zu haben. Die Unterschiede zwischen den Geschlechtern ebenso wie in regionaler Hinsicht sind dabei nur gering.

Etwas höher ist die Schwelle, an einer Demonstration teilzunehmen, 18% der erwachsenen Bürgerinnen und Bürger berichten über ihre Teilnahme daran. Männer waren an Demonstrationen in deutlich stärkerem Maße beteiligt als Frauen, und auch regionale Unterschiede im Sinne eines stärkeren Engagements der Befragten aus den neuen Ländern sind erkennbar.

Fast ein Viertel der Befragten antwortet, sich schon einmal an den Aktionen einer Bürgerinitiative beteiligt zu haben. Für Männer gilt dies etwas eher als für Frauen, und für die Bevölkerung aus den neuen Ländern etwas eher als für die des früheren Bundesgebietes; allerdings sind diese Unterschiede nur gering ausgeprägt.

In längerfristiger Betrachtung haben diese Formen einer niederschweligen Teilhabe eine stetige Zunahme erfahren. Die Autoren des „Datenreports“ sehen hierin eine

„partizipatorische Revolution“ ..., mit der sich nicht nur in Deutschland, sondern in allen modernen Demokratien neue Formen der Beteiligung, insbesondere politische Proteste, als Handlungsform etablierten.“²⁵

Diese Formen der Teilhabe scheinen attraktiver und „zeitgemäßer“ als die Mitgliedschaft in traditionellen Organisationen und könnten den geringen Zuspruch zu diesen zumindest teilweise kompensieren.

Wenn diese Interpretation zutrifft, dann erscheint es jedenfalls nicht zulässig, angesichts geringer formeller Teilhabequoten von insgesamt geringer bzw. rückläufiger politischer Partizipation auszugehen. Angemessener scheint die Sichtweise zu sein, von einem hohen Partizipationsgrad auszugehen, der allerdings zu unterschiedlichen Zeiten in veränderten Strukturen zum Ausdruck kommt.

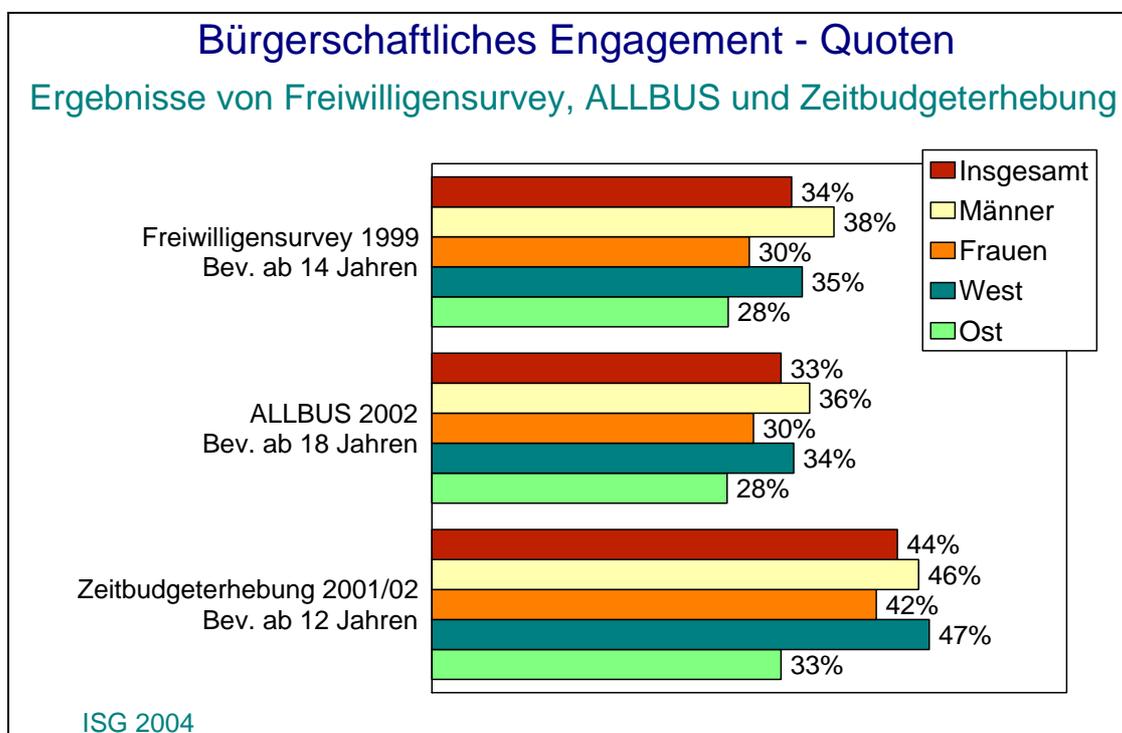
2.2 Soziale und kulturelle Partizipation

Das empirische Wissen über bürgerschaftliches Engagement basierte bis vor wenigen Jahren auf recht heterogenen Studien, die sich hinsichtlich der Methodik, Sampleauswahl und vor allem der Definition des Engagements unterschieden. In einer 1984

²⁵ Statistisches Bundesamt, Datenreport 2004, a.a.O. S. 641

durchgeführten Befragung von rd. 1.900 Bürgerinnen und Bürgern in vier Städten des früheren Bundesgebietes wurde eine Engagementquote von rd. 42% der erwachsenen Bevölkerung ermittelt.²⁶ Der Freiwilligensurvey 1999 als repräsentative Untersuchung ermittelt mit 34% der über 14-Jährigen eine etwas niedrigere Quote. Nach ersten Ergebnissen des Freiwilligensurvey 2004 ist diese Quote um zwei Prozentpunkte auf 36% gestiegen, wobei im früheren Bundesgebiet mit 37% eine höhere Beteiligung ermittelt wurde als in den neuen Ländern mit 31%.²⁷ Zu einem ähnlichen Ergebnis kommt eine Analyse des ALLBUS 2002 mit einem Engagementanteil von 33% der Bevölkerung ab 18 Jahren. Somit ist davon auszugehen, dass derzeit ein gutes Drittel der Bevölkerung ehrenamtlich engagiert ist im Sinne einer regelmäßigen, mindestens einmal im Monat praktizierten Tätigkeit.

Abbildung 3:



Das SOEP 1996 ergibt zwar auch eine Engagementquote von 33% (der Bevölkerung ab 16 Jahren), dabei werden aber auch seltenere als monatliche Aktivitäten hinzu gerechnet; bleiben diese unberücksichtigt, so beträgt die im SOEP 1996 ermittelte Engagementquote nur 16,6%, was – angesichts der anderen Ergebnisse – auf eine Untererfassung hindeutet. Die Ergebnisse der Zeitbudgeterhebung weichen nach oben hin von

²⁶ Braun, Joachim / Röhrig, Peter, Umfang und Unterstützung ehrenamtlicher Mitarbeit und Selbsthilfe im kommunalen Sozial- und Gesundheitsbereich, in: BMBW (Hg.), Freiwilliges soziales Engagement und Weiterbildung, Bonn 1986

²⁷ Kurzzusammenfassung 2. Freiwilligensurvey 2004, a.a.O. S. 4

Freiwilligensurvey und ALLBUS ab, dort wurde eine Engagementquote von 42% ermittelt. Allerdings sind darin auch Aktivitäten enthalten, die seltener als monatlich praktiziert werden (würde man diese beim ALLBUS hinzu zählen, so stiege die Engagementquote dort auf 49%). Die Höhe der Engagementquote hängt also maßgeblich davon ab, wie „bürgerschaftliches Engagement“ verstanden und operationalisiert wird.

Ungeachtet der Unterschiede in Methodik und Altersstruktur der Stichprobe spiegeln die Studien, deren Ergebnisse Abb. 3 wiedergibt, gleiche Tendenzen der Geschlechts- und Regionalunterschiede wider. Männer sind zu höheren Anteilen engagiert als Frauen, und die Bevölkerung im früheren Bundesgebiet ist zu höheren Anteilen engagiert als die in den neuen Ländern.

Auch die Ergebnisse dieser Studien bezüglich des Einflusses von Alter und Bildung auf das bürgerschaftliche Engagement stimmen weitgehend überein. In den mittleren Altersgruppen ist das Engagement am stärksten ausgeprägt, wobei die Altersabgrenzungen zwischen den Studien variieren (Freiwilligensurvey: 30 – 50 Jahre, ALLBUS: 45 – 59 Jahre, Zeitbudgeterhebung: 25 – 65 Jahre). Jugendliche und junge Erwachsene einerseits und ältere Menschen ab dem Rentenalter andererseits sind zu geringeren Teilen engagiert.

Weiterhin stimmen alle Untersuchungen darin überein, dass Personen mit höheren Bildungsabschlüssen und entsprechend höherem sozialem Status auch zu höheren Anteilen engagiert sind. Beamte, höhere Angestellte und Selbstständige weisen höhere Engagementquoten auf als Arbeiter, einfache Angestellte und nicht Erwerbstätige.²⁸

²⁸ Gensicke, Thomas, Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Ländern, in: Braun, Joachim/ Klages, Helmut (Hg.), *Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999*, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Bd. 194.2, S. 22 ff. – Gabriel, Oscar et al., *Bürgerengagement in Form von ehrenamtlicher Tätigkeit und sozialen Hilfsleistungen*, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), *Alltag in Deutschland - Analysen zur Zeitverwendung*, Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ Band 43, Bonn 2004

3. Einflussfaktoren der Teilhabe

Diese Ergebnisse lassen erkennen, dass die Beteiligung am gesellschaftlichen Leben in der Form des bürgerschaftlichen Engagements in der Regel mit einem gehobenen sozialen Status verknüpft ist. Aus der Perspektive der Armuts- und Reichtumsberichterstattung kann sie als Indikator für gesellschaftliche Teilhabe bzw. „soziale Inklusion“ interpretiert werden. Um dieses Ergebnis zu vertiefen, sollen im Folgenden die Ergebnisse von detaillierteren Analysen zum Einfluss bestimmter soziodemografischer Merkmale vorgestellt werden. Über die im zweiten Abschnitt teilweise schon erwähnten Effekte hinaus sollen im folgenden die Einflüsse von Geschlecht, Alter, Migrationshintergrund und Bildung eingehender untersucht und kommentiert werden.

3.1 Einflussfaktor Geschlecht: Partizipation von Frauen und Männern

Das Prinzip des Gender Mainstreaming ist darauf ausgerichtet, die Gleichstellung zwischen den Geschlechtern herzustellen und geschlechtsbezogene Diskriminierungen abzubauen. Diese lassen sich in beiden hier untersuchten Bereichen der Teilhabe feststellen.

Während bei der Wahlbeteiligung keine Unterschiede zwischen Frauen und Männern mehr zu beobachten sind, schlagen sich Geschlechterunterschiede deutlich in der Besetzung politischer Positionen nieder: Unter den 603 Abgeordneten des 15. Deutschen Bundestages sind 194 Frauen, dies entspricht 32 %.²⁹

Die oben dargestellten Auswertungen des ALLBUS ergaben unterschiedliche Partizipationsquoten von Frauen für unterschiedliche Formen der Partizipation: Während in den traditionellen Formen des Engagements in Parteien und Gewerkschaften der Anteil der Männer deutlich über dem der Frauen liegt, sind die Geschlechterproportionen in neueren Formen der Beteiligung an Umweltschutzorganisationen, Bürgerinitiativen, Unterschriftensammlungen etc. deutlich ausgeglichener, lediglich bei der Teilnahme an Demonstrationen überwiegt noch der Anteil der Männer (vgl. oben Abb. 1 und 2).

Dieser Befund lässt sich auch als ein Kohorteneffekt erklären: Der geschlechtsspezifische Teilhabebonus der Männer ist nur bei Gewerkschaften durchgängig für alle Altersgruppen zu beobachten, während bei der Mitwirkung in einer Umweltschutzorganisation nur noch in der Altersgruppe der Senioren die Männer klar dominieren, in den niedrigeren Altersgruppen aber das Geschlechterverhältnis ausgeglichener ist. Und auch in der eher traditionellen Partizipationsform der Parteimitgliedschaft ist diese Relation bei den Personen unter 30 Jahren zumindest ausgeglichen.

²⁹ Statistisches Bundesamt, Datenreport 2004, a.a.O. S. 172

Tabelle 1:

Mitgliedschaft in politischen Organisationen nach Alter und Geschlecht			
<i>Mitglied in ...</i>	Politischer Partei	Gewerk- schaft	Umweltschutz- organisation
unter 30 Jahren			
Männer	2,3%	11,8%	6,5%
Frauen	3,1%	6,3%	4,5%
30 bis unter 60 Jahre			
Männer	6,0%	26,9%	4,8%
Frauen	2,2%	13,1%	6,7%
ab 60 Jahren			
Männer	7,3%	12,3%	3,1%
Frauen	2,5%	2,9%	1,4%

Quelle: Allbus 2000; Berechnungen des ISG

Dieser Eindruck bestätigt sich bei einem Blick auf die informellen Formen politischer Partizipation. Der Anteil der Frauen, die jeweils in einer dieser Formen aktiv geworden sind, ist unter den Jüngeren höher und unter den Älteren niedriger und somit umgekehrt proportional zum Alter (bis auf die Bürgerinitiativen, deren Engagementschwerpunkt in der mittleren Altersgruppe liegt).

Tabelle 2:

Beteiligung an politischen Aktionen nach Alter und Geschlecht			
<i>Beteiligung an ...</i>	Unterschriften- sammlung	Demonstra- tion	Bürger- initiative
unter 30 Jahren			
Männer	53,8%	11,8%	19,0%
Frauen	61,2%	9,9%	20,7%
30 bis unter 60 Jahre			
Männer	56,5%	14,0%	27,7%
Frauen	59,3%	7,3%	26,8%
ab 60 Jahren			
Männer	40,6%	5,5%	21,2%
Frauen	39,7%	4,1%	14,0%

Quelle: Allbus 2000; Berechnungen des ISG

Während auch bei diesen Formen die Senioren durchweg stärker engagiert sind als die Seniorinnen, wird die Geschlechterrelation in jüngeren Altersgruppen zunehmend ausgeglichener bzw. kehrt sich bei den Unterschriftensammlungen sogar um.

Im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements wird in diesem Zusammenhang diskutiert, inwieweit Frauen zu einem Engagement in bestimmten, eher „helfenden“ Bereichen tendieren, während Männer eher an repräsentativen Ehrenämtern interessiert sind.³⁰ Auch hinsichtlich der Art der Tätigkeiten reproduzieren sich im bürgerschaftlichen Engagement möglicherweise traditionelle Handlungsmuster in der Weise, dass leitende Funktionen eher von Männern und ausführende Funktionen eher von Frauen wahrgenommen werden.³¹ Auswertungen des Freiwilligensurveys 1999 haben diese These zum wiederholten Male belegt.³² Allerdings gibt es neuerdings auch Indizien dafür, dass in bestimmten Formen des bürgerschaftlichen Engagements gleichrangige Kompetenzniveaus von Männern und Frauen vorzufinden sind, wie sich etwa im Modellprojekt *seniorTrainerinnen* gezeigt hat.³³ Noch nicht hinreichend untersucht ist allerdings, ob dieses Ergebnis untypisch bzw. auf Eliten beschränkt ist, oder ob sich darin bereits ein neues Geschlechterverhältnis auch im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements abzeichnet.

Insgesamt kommen aber alle Untersuchungen zu dem Ergebnis, dass die Engagementquoten von Männern nach wie vor höher sind als die von Frauen (vgl. oben Abb. 3), sodass in dieser Hinsicht trotz des beobachteten Kohorteneffekts noch keine „Entwarnung“ gegeben werden darf.

3.2 Partizipation und Alter: unterschiedliche Trendprognosen für Jüngere und Ältere

Eine herkömmliche Ansicht über das Engagementverhalten unterschiedlicher Altersgruppen lässt sich so charakterisieren, dass Jüngere sich in vielfacher Weise auf den Feldern von Politik und Gesellschaft engagieren, während Ältere sich zunehmend in private Lebensräume zurückziehen. Eine solches Bild repräsentiert die Sichtweise der 1960er und 1970er Jahre, die einerseits durch Jugendbewegungen und engagierte Studentengruppen („68er Generation“) geprägt wurden, während andererseits in der Gerontologie noch die These des Disengagements im Alter³⁴ Konjunktur hatte.

Beide Tendenzenerwartungen wurden in den folgenden Dekaden jedoch hinterfragt: Eine kompetenzorientierte Gerontologie sieht mit zunehmender Verfügbarkeit der Ressourcen Gesundheit und Bildung bei gleichzeitiger ökonomischer Prosperität auch in den

³⁰ So die These von Gisela Notz, *Ehrenamtliche Arbeit von Frauen aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht*, Düsseldorf 1987.

³¹ Gertrud Backes, *Frauen und soziales Ehrenamt*, Augsburg 1987

³² Vgl. Zierau, J. 2000, a.a.O. S. 69 und 71

³³ Evaluationsergebnisse des ISG in: Joachim Braun/ Joachim Burmeister/ Dietrich Engels (Hg.), *seniorTrainerin: Neue Verantwortungsrolle und Engagement in Kommunen*, Köln 2004

³⁴ Cumming, Elaine/ Henry, William E., *Growing old. The process of disengagement*, New York 1961

höheren Altersgruppen die Voraussetzungen zu weiterhin aktiver Beteiligung am politischen und gesellschaftlichen Leben gegeben. Diese Erwartung, die durch empirische Ergebnisse des Alters-Surveys unterstützt wird,³⁵ fasst Hans-Werner Wahl zusammen:

„Vieles spricht dafür, dass auf der individuellen Ebene zukünftig Ältere auf Grund höherer Bildung, bis auf Weiteres sehr guter ökonomischer Ausgestaltung und eines wachsenden Bewusstseins eigener Handlungsfähigkeit noch stärker in der Lage sein werden, ihre eigenen Wünsche in der späteren Lebensphase zu befriedigen. Die Ausweitung der Pflege von Interessen, die Übernahme neuer Rollen und die ‚Eroberung‘ neuer Handlungsfelder werden weiter gehen. ... Zumindest indirekt wird damit auch die gesellschaftlich-politische Einflussnahme der Älteren größer werden.“³⁶

Auf der anderen Seite ist die optimistische Erwartung, das in den 1960er und 1970er Jahren beobachtete politische Engagement und die in den 1980er Jahren hinzukommenden Varianten von Friedensbewegung und politisch-ökologischem Engagement der Jugendlichen ließen sich ungebrochen für eine Gestaltung gesellschaftlicher Institutionen nutzbar machen, weitgehend enttäuscht worden. Zum einen bleiben Protestpotenziale teilweise in kritischer Distanz zu etablierten Formen politischer und gesellschaftlicher Gestaltung, zum andern wird zunehmend innerhalb der Gruppe Jugendlicher und junger Erwachsener die Diskrepanz zwischen gesellschaftlich interessierter und egozentrisch-hedonistischer Lebensweise deutlich.

Jugendliche und junge Erwachsene

Im Hinblick auf Jugendliche und junge Erwachsene wird häufig ein Rückgang des Interesses an Politik und öffentlichem Leben beklagt. So führt Joachim Faulde die Schwierigkeit etablierter Jugendorganisationen, selbst mit flexiblen und auf Partizipation angelegten Verbandsstrukturen immer weniger Jugendliche erreichen zu können, auf die Vielfalt konkurrierender Freizeitangebote zurück:

„Die Jugendverbände verfügen über ein anspruchsvolles pädagogisches Grundprogramm, das sowohl wichtige Lernfelder für die individuelle Persönlichkeitsentwicklung junger Menschen anbietet als auch grundlegende Beiträge zur politischen Sozialisation und zum Aufbau einer demokratischen politischen Kultur liefert. Gleichzeitig aber hat der gesellschaftliche Modernisierungsprozess traditionelle Milieus einschließlich verbandlicher Kulturen und deren Bindungskraft in einen Erosionsprozess geführt, der dem einzelnen Heranwachsenden eine unüberschaubare Vielzahl von Wahlmöglichkeiten in seiner individuellen Lebensführung eröffnet.“³⁷

³⁵ Vgl. Künemund, Harald, Politischer Einfluss der Älteren von morgen, in: Sozialer Fortschritt 11-12 / 2004, S. 286 ff

³⁶ Wahl, Hans-Werner, Die Zukunft des Alterns: Allgemeine Überlegungen und ein Szenarienspiel, in: Sozialer Fortschritt 11-12 / 2004, S. 274 ff, hier S. 277

³⁷ Faulde, Joachim, Jugendverbände: Auslauf- oder Zukunftsmodell? Verbandliche Jugendarbeit zwischen Tradition und Moderne, in: neue praxis 5 / 2003, S. 422 ff, hier S. 430

Formelle Angebote zur politischen und gesellschaftlichen Partizipation haben demnach gegenüber kommerziellen Angeboten, die in informellen Gruppen wahrgenommen werden, weitgehend an Attraktivität verloren.

Der Rückgang des formellen Engagements der Jüngeren trifft besonders hart auch die politischen Parteien und Gewerkschaften. Der „Datenreport 2004“ spricht im Zusammenhang der Mitgliedschaft in diesen Organisationen von einer „Kluft“ zwischen den Jüngeren (Altersgruppe zwischen 18 und 29 Jahren) und den Älteren, die insbesondere bei den Gewerkschaften in den letzten Jahren größer geworden sei:

„In der jüngeren Bevölkerung liegt der Anteil derjenigen, die Gewerkschaftsmitglieder sind, im Jahre 2002 im Westen knapp 5 Prozentpunkte, im Osten etwa 7 Prozentpunkte unter dem Durchschnitt.“³⁸

Diese Tendenz wird durch den Indikator des politischen Interesses bestätigt. Der Anteil der jungen Erwachsenen, die sich in starkem Maße für Politik interessieren, liegt seit Anfang der 1990er Jahre unter dem Durchschnitt, im Jahre 2002 sogar um sechs (West) bzw. acht Prozentpunkte (Ost).³⁹

Auf den ersten Blick kommt eine Analyse der Wahlstatistik zum gleichen Ergebnis. Die Wahlbeteiligung weist bei den Wahlberechtigten unter 25 Jahren mit 69% (2002) bzw. 63% (1990) jeweils die niedrigsten Quoten aus.

Tabelle 3:

Beteiligung an den Bundestagswahlen 2002 und 1990 Statistisches Bundesamt, Repräsentative Wahlstatistik			
Alters- gruppe	Wahl- berechtigte in Tausend	Wähler	Wahl- beteiligung in %
BT-Wahl 2002			
unter 25 Jahren	5.656	3.902	69,0%
25 bis 39 Jahre	15.455	11.864	76,8%
40 bis 59 Jahre	20.635	16.927	82,0%
ab 60 Jahren	19.688	16.230	82,4%
BT-Wahl 1990			
unter 25 Jahren	7.007	4.407	62,9%
25 bis 39 Jahre	16.042	11.358	70,8%
40 bis 59 Jahre	18.275	15.131	82,8%
ab 60 Jahren	14.351	11.577	80,7%

³⁸ Statistisches Bundesamt, Datenreport 2004, a.a.O. S. 644

³⁹ Statistisches Bundesamt, Datenreport 2004, a.a.O. S. 640

Allerdings zeigt der Vergleich mit der Wahlstatistik 1990 auch, dass die Wahlbeteiligung junger Erwachsener in 2002 sogar höher war als 12 Jahre zuvor. Somit scheint die geringere Wahlbeteiligung für diese Altersgruppe typisch zu sein, ohne dass dieser Befund als Trend eines rückläufigen Wahlinteresses und generell eines rückläufigen Interesses junger Erwachsener interpretierbar wäre.

Etwas weniger pessimistisch fällt die Diagnose zum jugendlichen „Disengagement“ aus, wenn – gerade angesichts veränderter Lebensstile der Jugendlichen – auch informelle Partizipation in die Betrachtung einbezogen wird. Nach Thomas Olk geht es in diesem Zusammenhang nicht nur um die

„Mitwirkung in fest umrissenen Strukturen, sondern es wird ausdrücklich anerkannt, dass bürgerschaftliches Engagement viele Gesichter hat und gerade in seiner Vielfalt und Vielgestaltigkeit politisch anerkennens- und förderungswürdig ist. ... Wer sich bürgerschaftlich engagiert, übernimmt Verantwortung für andere und handelt aus der Zugehörigkeit zum politischen Gemeinwesen als Bürgerin oder Bürger.“⁴⁰

In dieser offeneren, nicht organisationsgebundenen Perspektive verändert sich das Bild von Engagement und gesellschaftlicher Teilhabe. Die oben in den Tabellen 1 und 2 ausgewiesene Differenzierung nach Altersgruppen lässt erkennen, dass zwar in den traditionellen Formen wie Parteien und Gewerkschaften die jungen Erwachsenen sich in vergleichsweise geringem Maße beteiligen, aber in den neueren und offeneren Formen wie Umweltschutzorganisation, Unterschriftensammlung und Demonstration höhere Partizipationsquoten aufweisen als Ältere (bezüglich der Beteiligung an Bürgerinitiativen gilt dies nur im Vergleich der mittleren zur oberen Altersgruppe).

Auch der „Datenreport 2004“ merkt diesen Unterschied an:

„Die auf Altersgruppen bezogenen Unterschiede weisen bei den nichtinstitutionalisierten Formen der Beteiligung ein im Vergleich zum politischen Interesse oder zur Wahlbeteiligung umgekehrtes Gefälle auf: Es sind vor allem die Jüngeren, die sich dieser Formen der Partizipation bedienen.“⁴¹

Das Partizipationsverhalten Jugendlicher und junger Erwachsener lässt sich somit eher im Sinne eines Form- bzw. Strukturwandels dieses Engagements beschreiben, als dass ein genereller Rückgang der Partizipation zu konstatieren wäre.

Ambivalent sind auch die Ergebnisse zum sozialen Engagement dieser Bevölkerungsgruppe. Zwar ist die Engagementquote in mittleren Altersgruppen am höchsten (s.o.), und die hier herangezogenen Erhebungen ergeben niedrige Quoten für junge Erwachsene zwischen 20 und 29 Jahren. Jugendliche zwischen 14 und 25 Jahren weisen aber

⁴⁰ Olk, Thomas, Bürgerschaftliches Engagement. Eckpunkte einer Unterstützung freiwilliger und gemeinwohlorientierter Aktivitäten in Staat und Gesellschaft, a.a.O. S. 311

⁴¹ Statistisches Bundesamt, Datenreport 2004, a.a.O. S. 641

lt. Freiwilligensurvey durchschnittliche Engagementquoten auf: In der Erhebung von 1999 lagen sie mit 36% etwas über dem Durchschnitt, in der Erhebung 2004 mit 35% etwas unter dem (insgesamt gestiegenen) Durchschnitt.⁴² Auch dieser Indikator gibt somit keinen Anlass für eine pessimistische Interpretation.

Seniorinnen und Senioren

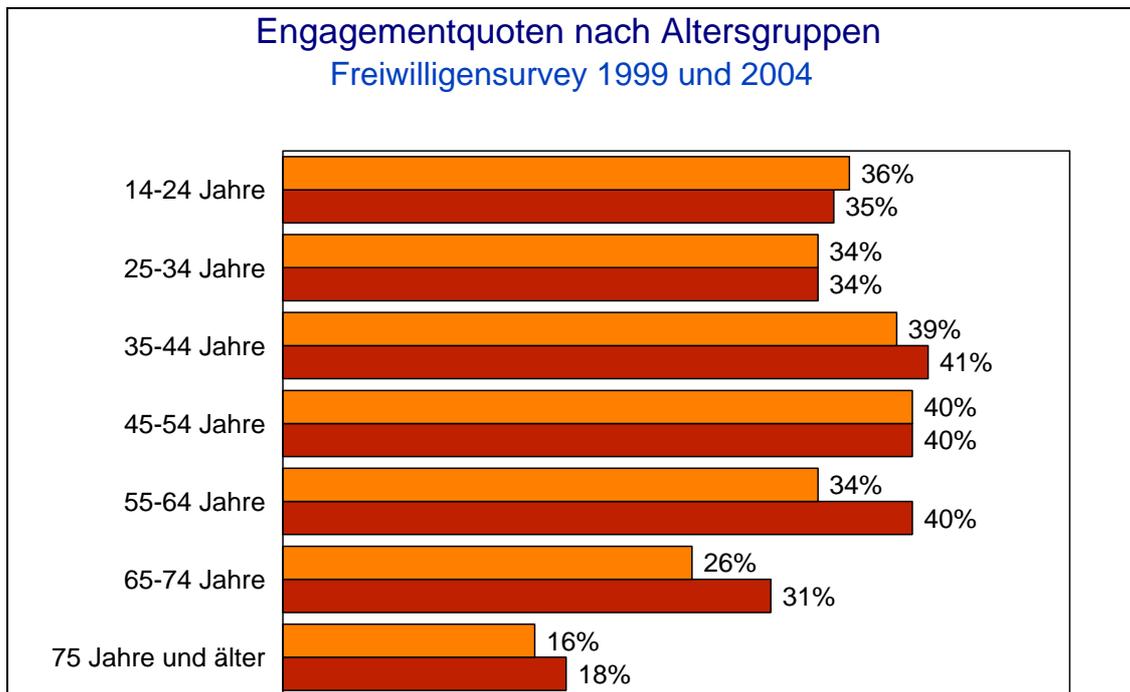
Das politische Engagement von Seniorinnen und Senioren ist, gemessen an der Beteiligung an der Bundestagswahl 2002, das höchste aller Altersgruppen (vgl. Tab. 4), und auch in früheren Jahren wies es hohe Werte auf. Was die weiteren Analysen betrifft, so wurde bereits darauf hingewiesen, dass das Engagement der Älteren sich eher in traditionell geprägten und formalen Feldern zeigt als in den neueren, informellen Bereichen (vgl. oben Tabellen 1 und 2).

Auch die Mitgliedschaft in Vereinen ist für Seniorinnen und Senioren eine attraktive Beteiligungsform; so sind etwa im Bereich des Seniorensports die Mitgliederzahlen des Deutschen Sportbunds in der Altersgruppe der über 60-Jährigen von 1,3 Mio. Mitgliedern im Jahr 1990 (10% der westdeutschen Bevölkerung ab 60 Jahren) auf mehr als 3 Mio. Mitglieder im Jahr 2003 gestiegen (15% der Bevölkerung in Deutschland ab 60 Jahren).

In beiden Studien des Freiwilligensurvey (1999 ebenso wie 2004) ist allerdings erkennbar, dass die Engagementquote der Älteren mit steigendem Alter deutlich zurückgeht (Abb. 4). So liegt das Engagement in der Altersgruppe zwischen 55 und 64 Jahren 1999 noch im Durchschnitt, im Jahr 2004 sogar um vier Prozentpunkte über dem Durchschnitt. In der nächst höheren Altersgruppe der 65- bis 74-Jährigen fällt es jedoch um acht (1999) bzw. neuen Prozentpunkte (2004) zurück und sinkt in der Altersgruppe ab 75 Jahren sogar um weitere 10 bzw. 13 Prozentpunkte auf 16% (1999) bzw. 18% (2004). Dies belegt, dass sich insbesondere Hochaltrige aus freiwilligen Tätigkeiten mehr und mehr zurückziehen.

⁴² Kurzzusammenfassung 2. Freiwilligensurvey 2004, a.a.O. S. 3

Abbildung 4:



Quelle: tns Infratest Sozialforschung, Freiwilligensurvey 1999 und 2004

Die Gruppe der „jungen Senioren“ dagegen, die nach Ende ihrer Erwerbstätigkeit über hinreichend Zeit, aber auch über noch relativ aktuelle professionelle Kompetenz und über hinreichende Leistungsfähigkeit verfügt, weist im Unterschied dazu hohe Quoten des bürgerschaftlichen Engagements auf. Vor allem sind die Unterschiede zwischen den beiden Erhebungszeitpunkten bemerkenswert: In keiner anderen Altersgruppe ist die Engagementquote zwischen 1999 und 2004 so stark gestiegen wie bei den 55- bis 64-Jährigen (+ 6 Prozentpunkte) und den 65- bis 74-Jährigen (+ 5 Prozentpunkte). Dies zeigt sich beispielsweise auch darin, dass auf „junge Senioren“ spezifisch zugeschnittene Rollenangebote auf ein hohes Interesse in dieser Zielgruppe stoßen; so bewarben sich um eine Teilnahme am Bundesmodellprogramm „Erfahrungswissen für Initiativen“ drei Mal so viele Interessent/innen wie Plätze verfügbar waren.⁴³

3.3 Bildung als teilhabefördernder Faktor

Alle Untersuchungen zur politischen und gesellschaftlichen Teilhabe stimmen darin überein, dass die Partizipationsquote mit dem Bildungsstand korreliert: Personen mit

⁴³ vgl. Braun, Joachim/ Burmeister, Joachim/ Engels, Dietrich (Hg.), „seniorTrainerin: Neue Verantwortungsrolle und Engagement in Kommunen, Köln 2004, Zwischenbericht zur ersten Phase des Bundesmodellprogramms Erfahrungswissen für Initiativen, Köln 2004, S. 171

höherer Bildung nutzen diese Kompetenz zur aktiven Mitgestaltung ihrer Lebensbedingungen. Auch fast alle hier untersuchten Formen der Teilhabe weisen diesen engen Zusammenhang mit dem Bildungsstatus auf. So ist unter den Befragungsteilnehmer/innen des ALLBUS, die über eine (Fach-) Hochschulreife verfügen, der Mitgliederanteil in Parteien oder Umweltschutzorganisationen drei Mal so hoch wie unter denen mit Hauptschulabschluss oder ohne schulischen Bildungsabschluss.

Tabelle 4:

Politische und gesellschaftliche Teilhabe nach Bildungsstatus			
Partizipationsform	Schulabschluss		
	Hauptschule od.kein Abschl.	Mittlere Reife	(Fach-) Hochschulreife
Mitgliedschaft in ...			
Partei	2,7%	4,1%	6,4%
Gewerkschaft	15,0%	16,3%	11,6%
Umweltschutzorgan.	2,4%	6,7%	7,3%
Beteiligung an ...			
Unterschriftensammlg.	41,5%	61,5%	65,7%
Demonstration	8,4%	20,8%	32,0%
Bürgerinitiative	14,7%	29,2%	32,6%
Bürgerschaftliches Enga.	24%	37%	39%

Quelle: Allbus 2000 und Freiwilligensurvey 1999; Berechnungen des ISG

Diese Tendenz zeigt sich, mit unterschiedlicher Ausprägung, auch bei den informellen Teilhabeformen. Personen mit (Fach-) Hochschulreife beteiligen sich 1,5 Mal so häufig an Unterschriftensammlungen, doppelt so häufig in einer Bürgerinitiative und sogar 4 Mal so häufig an Demonstrationen wie diejenigen, die maximal über einen Hauptschulabschluss verfügen. Auch die Quoten des bürgerschaftlichen Engagements steigen proportional zum Bildungsniveau an. Lediglich die Mitgliedschaft in Gewerkschaften, die typischerweise in der Arbeiterschaft stärker verankert ist als in höheren Berufsgruppen, weicht von dieser Tendenz ab.

3.4 Teilhabechancen und Behinderung

Durch Behinderungen können die Chancen zur Mitgestaltung der gesellschaftlichen Lebensbedingungen erheblich beeinträchtigt werden. Von entsprechend hoher Bedeutung ist die Schaffung von Regelungen und Strukturen, die diese Beeinträchtigungen möglichst ausgleichen. Seitens des Gesetzgebers wurde zur Optimierung und Bünde-

lung der vielfältigen Unterstützungsformen für behinderte Menschen im Jahr 2001 das Rehabilitationsrecht als SGB IX „Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen“ zusammengefasst und effektiver gestaltet.

Diese Regelungen können aber nur einen rechtlichen Rahmen bereitstellen. Die Ausgestaltung der Teilhabe im lebensweltlichen Umfeld und als politische Interessenvertretung erfolgt darüber hinaus durch Interessensverbände und eine gut entwickelte Selbsthilfestruktur.⁴⁴ Eine kürzlich durchgeführte Befragung behinderter Menschen kam zu dem Ergebnis, dass rd. 30% von ihnen in einer Selbsthilfegruppe organisiert waren.⁴⁵

Diese verschiedenen Integrationsmechanismen funktionieren mehr oder weniger erfolgreich. So hat eine Auswertung des Sozio-oekonomischen Panels zur Korrelation von Behinderung und materieller Armut ergeben, dass der Anteil behinderter Menschen unterhalb der Armutsrisikogrenze nicht höher, sondern eher sogar geringer ist als der der nicht behinderten Bevölkerung.⁴⁶

Tabelle 5:

Armutsquoten und Behinderung				
bezogen auf das Medianeinkommen, Deutschland 1999 - 2002				
Merkmal	Erhebungsjahr			
	1999	2000	2001	2002
unter 60% des Median	11,0%	11,0%	10,9%	12,7%
nicht behindert	11,1%	11,2%	11,1%	12,8%
behindert	10,3%	9,6%	9,4%	12,5%
<i>darunter:</i>				
Frauen	11,8%	9,2%	8,6%	12,2%
Männer	8,8%	9,9%	10,3%	12,7%

Quelle: DIW - Sozioökonomisches Panel; Berechnungen des ISG

Sehr deutlich wird die behinderungsbedingte Einschränkung dagegen, wenn man die Teilhabe am Erwerbssystem in den Blick nimmt: Während zwischen 34% und 43% der

⁴⁴ Die Zahl der Selbsthilfegruppen in Deutschland wird auf über 70.000 geschätzt, davon etwa 60-70% im Bereich von Krankheit und Behinderung; vgl. Bericht der Enquete-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, a.a.O. S. 517 f

⁴⁵ Haupt, Hanna/ Liebscher, Reinhard/ Winkler, Gunnar, Zur Situation von Menschen mit Behinderungen im Freistaat Thüringen, hrsg. vom Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit, Erfurt 2003

⁴⁶ Engels, Dietrich/ Martin, Miriam, Analysen zu Einkommensarmut und Lebenslagen in Deutschland auf der Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels für die Jahre 1999 bis 2002, ISG Köln 2004, S. 41

nicht behinderten Bevölkerung abhängig beschäftigt sind, schwanken die entsprechenden Anteile der behinderten Menschen zwischen 18% und 20%.

Gerade im Hinblick auf die Möglichkeiten zu gesellschaftlicher Teilhabe wäre eine eingehendere Untersuchung der Teilhabechancen von Menschen mit Behinderungen von großem Interesse. Im ALLBUS ist aber das Merkmal der Behinderung nicht erfasst, sodass an dieser Stelle lediglich ein weiterer Forschungsbedarf konstatiert werden kann.

3.5 Durch Migration bedingte Integrationsprobleme

Dass politische und gesellschaftliche Partizipation auch als Indikator der Integration interpretiert werden kann, zeigt sich deutlich im Hinblick auf die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten. Dies würdigt auch die Enquete-Kommission Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements, nicht ohne darauf zu verweisen, dass dieser Bereich noch unzureichend untersucht ist:

„Für den Integrationsprozess von Minderheiten in die Aufnahmegesellschaft und die gleichberechtigte Koexistenz unterschiedlicher Lebensformen kommt dem bürgerschaftlichen Engagement eine wichtige und bislang zumeist unterschätzte Rolle zu.“⁴⁷

Die hier untersuchten Partizipationsformen setzen allerdings in einem erheblichen Maße sprachliche Kompetenzen und auch eine kulturelle Akklimatisierung voraus, zumindest wenn es um ein Engagement geht, das sich an der Aufnahmegesellschaft orientiert und nicht nur der Stabilisierung der traditionellen Kultur dient. Insofern ist erst ab einem bestimmten Niveau der gesellschaftlichen und kulturellen Integration damit zu rechnen, dass Migrantinnen und Migranten sich in den hier verfügbaren Formen der Partizipation engagieren. Zudem weisen sie im Durchschnitt einen niedrigeren Bildungsstatus und Sozialstatus auf, während politische und gesellschaftliche Partizipation wie dargelegt eher durch hohe Ausprägungen dieser Merkmale begünstigt wird.

Im Hinblick auf Integrationschancen und -barrieren wäre eine eingehendere Untersuchung der Teilhabechancen von Menschen mit Migrationshintergrund von großem Interesse.⁴⁸ Dies wird allerdings dadurch erschwert, dass viele Haushaltsbefragungen bzw. Bürgerbefragungen primär die deutschsprachige Bevölkerung erreichen, da ihnen fremdsprachige Erhebungsinstrumente nicht zur Verfügung stehen. In den hier ausgewerteten ALLBUS-Erhebungen sind Migrantinnen und Migranten mit einer so kleinen

⁴⁷ Bericht der Enquete-Kommission Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements, a.a.O. S. 219

⁴⁸ Zum derzeitigen Stand vgl. auch Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.), Recherche zum freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Bonn 2002

Fallzahl enthalten, dass differenziertere Auswertungen nicht möglich sind. Auch im Freiwilligensurvey 1999 findet sich wegen starker Unterrepräsentation keine Auswertung des Engagements von Migrantinnen und Migranten, sodass durch Analyse dieser Datenquellen keine verlässlichen Ergebnisse zu deren Teilhabe erzielt werden können.

4. Einkommenslage und Partizipation

In einem mehrdimensional angelegten Verständnis von Armut und sozialer Ausgrenzung gilt das Ausmaß, in dem Einzelne oder bestimmte Gruppen an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft partizipieren, jeweils für sich schon als Gradmesser der gesellschaftlichen Inklusion. Von Armut und Ausgrenzung wird vor allem dann gesprochen, wenn mehrere ausgrenzende Faktoren zusammentreffen. Dabei ist der Fokus der Armutsberichterstattung auf die Kombination derartiger Faktoren mit Einkommensarmut gerichtet.⁴⁹ Umgekehrt richtet sich der Fokus der Reichtumsberichterstattung darauf zu untersuchen, in welchem Maße hohe Einkommen und Vermögen die Inklusion begünstigen, d.h. in welchem Maße wohlhabende Mitglieder der Gesellschaft an zentralen Positionen gestaltend Einfluss ausüben.

4.1 Einkommenslage und politische Partizipation

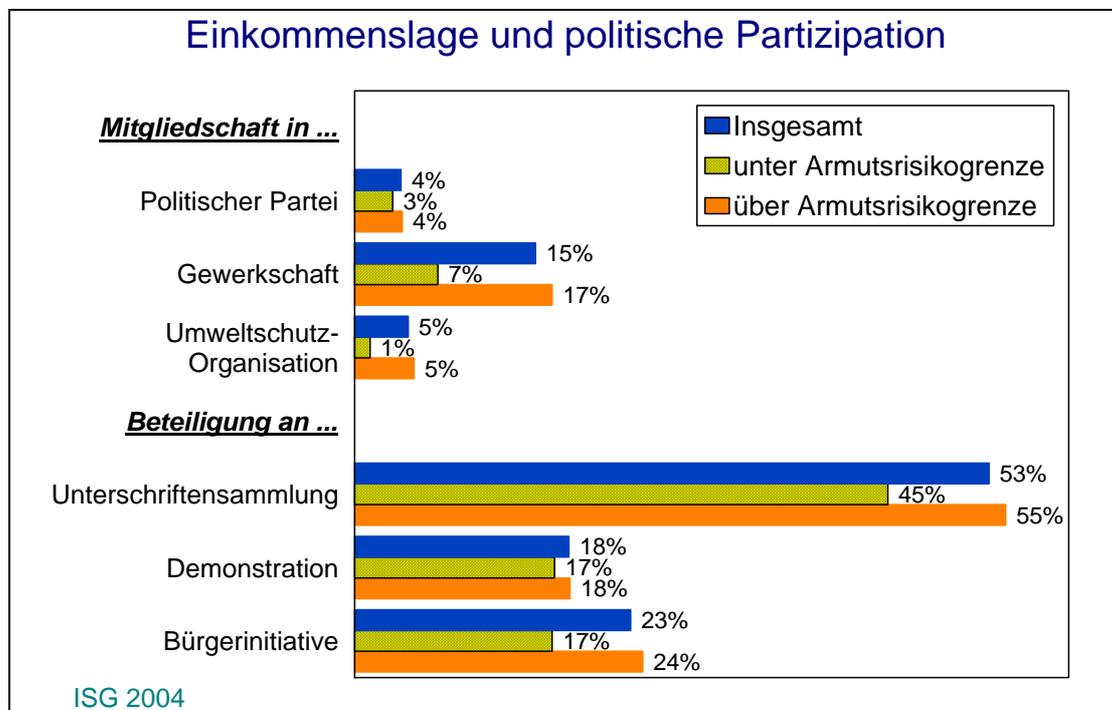
Betrachtet man unter diesem Gesichtspunkt zunächst Unterschiede in der Intensität politischer Partizipation, so zeigt sich, dass Personen aus einkommensschwachen Haushalten tendenziell in geringerem Maße politisch mitgestalten als Personen mit höherem Einkommen. Diese Tendenz ist in den verschiedenen Formen der politischen Betätigung, die in den hier ausgewerteten Datenquellen erhoben wurden, unterschiedlich stark ausgeprägt:

Nur geringe Unterschiede zeigen sich auf den ersten Blick dahin gehend, dass Personen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze fast ebenso häufig Mitglied einer Partei sind und fast ebenso häufig an einer Demonstration teilgenommen

⁴⁹ Zur Definition von „Einkommensarmut“ werden unterschiedliche Verfahren verwandt; im Kontext der Erstellung der Nationalen Aktionspläne hat man sich auf das Armutskriterium verständigt, dass das „äquivalenzgewichtete Nettoeinkommen weniger als 60% des Medianeinkommens“ beträgt. Dieser Einkommenswert wird aus dem gesamten Haushaltsnettoeinkommen sowie der Zahl und dem Alter der Haushaltsmitglieder berechnet unter Verwendung der neuen OECD-Skala, die dem Haushaltsvorstand ein Gewicht von 1,0, weiteren Haushaltsmitgliedern ab 14 Jahren ein Gewicht von 0,5 und Kindern unter 14 Jahren ein Gewicht von 0,3 zuordnet (vgl. Eurostat, *The methodology of calculation of the Laeken indicators of monetary poverty*, Brüssel 2002).

haben wie die Personen, die nach diesem Verständnis über ein Einkommen oberhalb der Armutsrisikogrenze verfügen.

Abbildung 5:



Quelle: Allbus 2000; Berechnungen des ISG

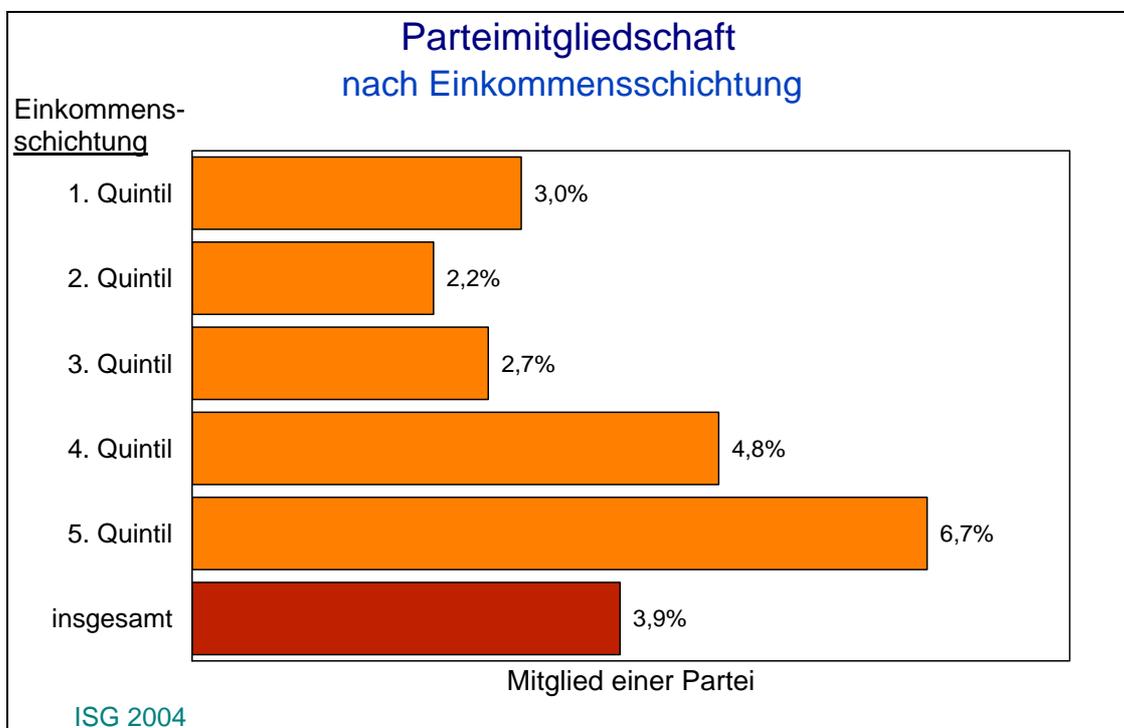
Deutlicher treten Unterschiede in anderen Formen hervor: Einkommensarme Personen sind

- seltener Mitglied einer Gewerkschaft (7% gegenüber 17% derer mit einem Einkommen über der Armutsrisikogrenze),
- seltener Mitglied einer Umweltschutzorganisation (1% gegenüber 5% der nicht Armen)
- und haben sich zu geringeren Teilen an einer Unterschriftensammlung (45% gegenüber 55% der nicht Armen) oder den Aktivitäten einer Bürgerinitiative beteiligt (17% gegenüber 24% der nicht Armen).

Wenn aber die politische Beteiligung der Personen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze in allen hier betrachteten Formen durchweg niedriger ist als die der wohlhabenderen Personen, lässt sich daraus schließen, dass die Chancen einkommensarmer Personen zur politischen Partizipation und damit auch zur Gestaltung ihrer politisch beeinflussten Lebensbedingungen geringer sind als die der wohlhabenderen Personen.

Eine tiefer gehende Analyse der Parteimitgliedschaft, bei der sich auf den ersten Blick nur geringe Unterschiede hinsichtlich der Einkommenslage zeigten, führt zu dem Ergebnis, dass insbesondere Angehörige oberer Einkommensschichten auf diesem Wege ihren Einfluss geltend machen: Im vierten Einkommensquartil liegt der Anteil der Parteimitglieder bereits über dem Durchschnitt, und im obersten, dem fünften Einkommensquartil ist er sogar mehr als doppelt so hoch wie in den unteren Einkommensbereichen. Dieser Befund belegt deutlich, dass die Ausübung politischen Einflusses in der organisatorischen Form politischer Parteien mit der Höhe des Einkommens korreliert: Personen mit höherem Einkommen nehmen diese Gestaltungsmöglichkeit stärker wahr als Personen mit geringerem Einkommen.

Abbildung 6:



Quelle: Allbus 2000; Berechnungen des ISG

Diese unterschiedliche politische Beteiligung spiegelt sich auch in der subjektiven Einschätzung wider, welchen Einfluss der Einzelne auf die Politik der Regierung hat. Während in der Bevölkerung mit einem Einkommen unter der Armutsrisikogrenze die Überzeugung vorherrscht, keinen Einfluss auf die Politik der Regierung zu haben (64% Zustimmung, darunter 39% „volle“ Zustimmung), sehen dies die Wohlhabenderen auch weniger skeptisch (nur 59% Zustimmung, darunter nur 26% „volle“ Zustimmung).

4.2 Einkommenslage und gesellschaftliche Partizipation

Je höher das Einkommen ist, desto stärker engagieren sich die Bezieher dieser Einkommen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen; zu diesem Ergebnis kommen Auswertungen verschiedener Quellen. So weist ein DIW-Gutachten zur Lebenslage von Hocheinkommensbezieher*innen aus, dass die durchschnittliche Quote der Mitgliedschaft in einem Verein oder einer Organisation (42,5%) von Bezieher*innen höherer Einkommen mit 55,4% und von Bezieher*innen sehr hoher Einkommen mit 63,4% deutlich überschritten wird.⁵⁰

Dass die Beteiligung an bürgerschaftlichem Engagement in höheren gesellschaftlichen Schichten stärker ausgeprägt ist als in unteren Schichten, bestätigt auch die Analyse des unteren Einkommensbereichs (auf Basis des Allbus 2002): Von den Personen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsgrenze ist nur ein Viertel regelmäßig engagiert (24,8%), von den Personen oberhalb dieser Abgrenzung aber ein gutes Drittel (34,2%).

Tabelle 6:

Bürgerschaftliches Engagement und Einkommen	
Einkommens- verteilung	davon mindestens 1 Mal im Monat engagiert
insgesamt	33,0%
<i>darunter:</i>	
unter Armutsgrenze	24,8%
über Armutsgrenze	34,2%
1. Quintil	27,2%
2. Quintil	33,8%
3. Quintil	31,1%
4. Quintil	37,0%
5. Quintil	35,8%

Quelle: Allbus 2002; Berechnungen des ISG

⁵⁰ Schupp, Jürgen et al., Repräsentative Analyse der Lebenslagen einkommensstarker Haushalte. Gutachten im Auftrag des im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin 2004 (unveröff.), S. 62; als höhere Einkommen gelten dort Haushaltsnettoeinkommen zwischen 3.835 € und 5.113 € pro Monat, als sehr hoch die darüber liegenden Nettoeinkommen; Datenbasis ist das Sozio-oekonomische Panel.

Eine Aufteilung nach den Quintilen der Einkommensverteilung macht deutlich, dass diese Form der gesellschaftlichen Mitwirkung im untersten Einkommensbereich am schwächsten ausgeprägt ist. Personen mit einem Einkommen im 4. Quintil weisen eine um 10 Prozentpunkte höhere Engagementquote auf, an zweithöchster Stelle folgen die Einkommensbezieher des 5. Quintils.

Auch im Freizeitbereich ergibt die Auswertung des Allbus eine geringere Inklusion der einkommensarmen Bevölkerungsgruppen: Über eine regelmäßige Mitwirkung in Sport- und Freizeitgruppen berichten 39% der Bevölkerung mit einem Einkommen unter der Armutsrisikogrenze gegenüber 47% der Bevölkerung mit höherem Einkommen. Lediglich bei Nachbarschaftsgruppen, in die allerdings auch nur 12% der Bevölkerung involviert sind, fallen die Unterschiede in der Partizipation zwischen beiden Gruppen geringer aus.

Tabelle 7:

Mitwirkung in Freizeitgruppen und Nachbarschaft		
Form der sozialen Einbindung	Anteil regelmäßige Mitwirkung	
	unter der Armutsrisikogrenze	über der Armutsrisikogrenze
regelmäßige Mitwirkung in ... Sport-, Hobby-, Freizeitclub	39,1%	47,3%
Nachbarschaftsverein, -gruppe	10,9%	12,2%

Quelle: Allbus 2002; Berechnungen des ISG

So zeigt sich insgesamt, dass sowohl im Bereich politischer Partizipation als auch bei anderen Formen der gesellschaftlichen Partizipation die Bevölkerungsgruppen, deren Einkommen unterhalb der Armutsgrenze liegt, in durchweg geringerem Maße einbezogen sind als die wohlhabenderen Bevölkerungsgruppen.

5. Privilegierte Lebenslagen

Wenn die empirischen Befunde so deutlich belegen, dass höhere gesellschaftliche Schichten größere Spielräume der politischen und gesellschaftlichen Gestaltung nutzen als untere Schichten, so stellt sich die Frage, wie Inklusion in bzw. Exklusion aus dieser gesellschaftlichen Elite funktionieren. Ein im Rahmen der Armuts- und Reichumsberichterstattung erstelltes Gutachten des BIS-Instituts sieht den Zugang zur gesellschaftlichen Elite durch materielles Vermögen ebenso wie durch kulturelles Kapital (Bildungschancen), soziales Kapital (soziale Netzwerke, Protektion) und symbolisches Kapital (z.B. prestigefördernde Persönlichkeitsmerkmale) begünstigt.⁵¹ Dies erklärt, weshalb sich höhere Schichten in starkem Maße aus Mitgliedern rekrutieren, die von ihrer sozialen Herkunft her der Oberschicht entstammen, während soziale Aufstiegsprozesse (vertikale Mobilität) nur in eingeschränktem Umfang zu beobachten sei.

5.1 Struktur und Veränderung gesellschaftlicher Eliten

Materielles Vermögen wird innerhalb einer kleinen Schicht mit hohem Lebensstandard durch Vererbung weiter gegeben. Nach Ergebnissen des Alters-Surveys (1996) kommen zwar 56% der Deutschen mindestens einmal im Leben in den Genuss einer Erbschaft. Allerdings beträgt das Erbe nur in einem Drittel dieser Fälle mehr als 50.000 €, und bei nur 10% der Erben geht es um Erbschaften ab 250.000 €. In Westdeutschland spielt Vermögensübertragung durch Vererbung eine größere Rolle als in Ostdeutschland.

Sowohl die Häufigkeit als auch der Umfang der Erbschaften sind in höheren (Bildungs-) Schichten höher als in unteren Gesellschaftsschichten. Dies bestätigt auch die DIW-Studie zu Hocheinkommensbeziehern, von denen 18,5% Immobilienbesitz und 14,7% größere Bankguthaben geerbt haben, was in der Gesamtbevölkerung nur auf 8,2% zutrifft.⁵²

Aber auch nicht-monetäre Vorteile werden dem o.g. BIS-Gutachten zufolge im Prozess der familialen Sozialisation weiter gegeben und bewirken dadurch eine privilegierte Ausgangsposition für den Erwerb eines hohen sozialen Status. Dies betrifft auch eine hohe Bildung als eine der zentralen Voraussetzungen für die Übernahme von Spitzenpositionen: Die Bildungschancen sind in Deutschland zwar für alle Bevölkerungsschichten formal gleich, aber dennoch kann von einer „Vererbung“ von Bildungschancen in dem Sinne gesprochen werden, dass Kinder aus mittleren und höheren Schich-

⁵¹ Schulze, Eva/ Steffens, Tomas, Privilegierte Lebenslagen als Grundlage sozialer Hierarchie. Gutachten des Berliner Instituts für Sozialforschung GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin 2003 (unveröff.)

⁵² Schupp et al. a.a.O. S. 70

ten durch familiäre Sozialisation bestimmte Sprach-, Kommunikations- und Interaktionskompetenzen erwerben, die ihnen schulisches Lernen und darauf aufbauend berufliche Karriere erleichtern.⁵³ Einerseits hat die Bildungsexpansion in den 70er Jahren zwar die Bildungschancen insgesamt verbessert: Der Anteil der Gymnasiasten war 1989 mit 29% fünf Mal so hoch wie in den 50er Jahren. Andererseits sind dies aber zu 74% Akademikerkinder und nur zu 10% Kinder aus bildungsfernen Haushalten, sodass der Einfluss sozialer Schicht auf das Bildungsniveau zwar abgemildert, aber nicht vollständig beseitigt wurde.

Eine Vererbung sozialer Privilegien hat somit eine weitgehend konstante Schichtzugehörigkeit über mehrere Generationen hinweg zur Folge, während die intergenerationale vertikale Mobilität im Sinne von Aufstiegsprozessen aus unteren in höhere Schichten zumindest bis in die 70er Jahre hinein in Deutschland eher gering ausgeprägt war. Neuere Analysen auf der Basis des SOEP aus den 90er Jahren kommen allerdings zum Ergebnis einer deutlichen Öffnung der Sozialstruktur.⁵⁴

5.2 *Partizipationschancen und Zugangsbarrieren*

Diese Vererbung privilegierter Karrierechancen zeigt das BIS-Gutachten an dem Beispiel auf, wie sich wirtschaftliche Führungseliten rekrutieren. Unter Rekurs auf die „Potsdamer Elitestudie“⁵⁵ wird dargestellt, dass Personen in Eliteposition in hohem Maße aus höheren sozialen Schichten kommen: Im Jahr 1995 entstammen 40% dieser Führungskräfte der „oberen Dienstklasse“ (gegenüber 6% der Gesamtbevölkerung), dagegen aber nur 35% der unteren „Nichtdienstklasse“ (die in der Gesamtbevölkerung 73% ausmacht). Im Zeitvergleich ist aber eine leichte Öffnung der Elitepositionen zu beobachten, da im Jahr 1981 noch 45% der Führungskräfte der „oberen Dienstklasse“ und nur 28% der „Nichtdienstklasse“ entstammten.

Diese Ungleichverteilung von Elitepositionen wird im BIS-Gutachten vor allem durch Bildungskarrieren (und damit persönlich erworbene Kompetenz), aber auch durch „nicht-meritokratische“ Aspekte erklärt:⁵⁶ Durch die soziale Herkunft und die Vererbung von Vermögen werden die ökonomischen Möglichkeiten verbessert. Die soziale Herkunft vermittelt weiterhin persönliche Merkmale, die beim Durchlaufen des Bildungssystems von Vorteil sind und die als ein für die höhere (Bildungs-) Schicht typischer „Habitus“ auch das Auftreten in Wettbewerbssituationen erleichtern. Hinzu kommt „so-

⁵³ Schulze/ Steffens a.a.O. S. 20

⁵⁴ Schulze/ Steffens a.a.O. S. 28

⁵⁵ Machatzke, J., Die Potsdamer Elitestudie – Positionsauswahl und Ausschöpfung. In: Bürklin, W./ Rebenstorf, H. u.a. (Hg.), Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration. Opladen 1997, S. 35-68

⁵⁶ Schulze/ Steffens a.a.O. S. 30

ziales Kapital“ in Form von sozialen Netzwerken und der Protektion durch persönliche Empfehlung. Schließlich spielt auch das Geschlecht eine Rolle beim Zugang zu Führungspositionen, was daraus ersichtlich wird, dass nur 13% der 1995 untersuchten Führungskräfte weiblich waren.

6. Zusammenfassung und Fazit

6.1 Zusammenfassung

Konzeptioneller Zusammenhang von Armut und Partizipation

In einem mehrdimensional angelegten Verständnis von Armut und sozialer Ausgrenzung gilt die Möglichkeit zur Mitgestaltung von Politik und Gesellschaft als Gradmesser der gesellschaftlichen Inklusion. Die Chancen, politische Entscheidungsprozesse mitgestalten und sich am kulturellen und gesellschaftlichen Leben beteiligen zu können, stehen mit Einkommens- und Vermögenslagen ebenso wie mit Bildung und dem Umfang verfügbarer Zeit in Zusammenhang.

Soziodemografische Einflussfaktoren auf den Partizipationsgrad

Soziodemografische Merkmale wirken sich in unterschiedlicher Weise auf den Grad der Partizipation aus:

- Einflussreiche Positionen werden deutlich häufiger von Männern als von Frauen bekleidet.
- Junge Erwachsene beteiligen sich in vergleichsweise geringerem Maße an politischen Wahlen und bürgerschaftlichem Engagement. Dieses spielt für Jugendliche eine größere Rolle.
- Die Teilhabe von Senioren vollzieht sich häufiger in traditionellen Formen der Mitwirkung, während jüngere Menschen sich stärker auch informellen Beteiligungsformen zuwenden. Junge Senioren partizipieren in stärkerem Maße an der Gestaltung von Politik und Gesellschaft als ältere und hochaltrige Senioren.
- Der Grad des politischen und gesellschaftlichem Engagements steht in enger Korrelation zum Bildungsgrad: Personen mit höheren Bildungsabschlüssen weisen in fast allen Bereichen vergleichsweise höhere Teilhabequoten auf.
- Über die politische und gesellschaftliche Teilhabe von behinderten Menschen liegen ebenso wenig verlässliche und hinreichend differenzierte Informationen vor wie über die von Ausländern.

Einkommenslage und politische und gesellschaftliche Partizipation

Personen aus einkommensschwachen Haushalten weisen ein geringeres Maß an politischer Partizipation auf als Personen mit höherem Einkommen. Sie sind beispielsweise seltener Mitglied einer Partei, Gewerkschaft oder Bürgerinitiative. Dagegen ist der Anteil derer, die Mitglied einer politischen Partei sind, im obersten Einkommensquintil doppelt so hoch; Personen mit höherem Einkommen nehmen diese Gestaltungsmöglichkeit also stärker wahr als Personen mit geringerem Einkommen.

Je höher das Einkommen ist, desto stärker engagieren sich die Bezieher dieser Einkommen auch in anderen gesellschaftlichen Bereichen. Von den Personen mit einem Einkommen unterhalb der Armutsrisikogrenze ist nur ein Viertel regelmäßig bürgerschaftlich engagiert, von den Personen oberhalb dieser Abgrenzung aber mehr als ein Drittel. Auch aus dem Freizeitbereich (regelmäßige Mitwirkung in Sport- und Freizeitgruppen) sind einkommensarme Bevölkerungsgruppen stärker ausgegrenzt.

Privilegierter Zugang zur Elite

An der Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse sind höhere Einkommens- und Bildungsschichten also stärker beteiligt als untere Bevölkerungsschichten. Dabei beruht der Zugang zu dieser Elite selbst nicht vorrangig auf Leistung, sondern wird weitgehend durch materielle und immaterielle Privilegien gesteuert. Der Zugang zur gesellschaftlichen Elite wird durch materielles Vermögen ebenso wie durch kulturelles Kapital, soziales Kapital und symbolisches Kapital) begünstigt, während soziale Aufstiegsprozesse nur eingeschränkt gelingen.

Materielles Vermögen wird innerhalb einer kleinen Schicht mit hohem Lebensstandard durch Vererbung weiter gegeben. Sowohl die Häufigkeit als auch der Umfang der Erbschaften sind in höheren (Bildungs-) Schichten höher als in unteren Gesellschaftsschichten. Nicht-monetäre Vorteile werden im Prozess der familialen Sozialisation weiter gegeben und bewirken dadurch eine privilegierte Ausgangsposition für den Erwerb eines hohen sozialen Status. Die Bildungschancen sind in Deutschland zwar für alle Bevölkerungsschichten formal gleich, aber dennoch kann von einer „Vererbung“ von Bildungschancen in dem Sinne gesprochen werden, dass Kinder aus mittleren und höheren Schichten durch familiale Sozialisation bestimmte Kompetenzen erwerben, die ihre berufliche Karriere erleichtern. Diese Vererbung privilegierter Karrierechancen lässt sich am Beispiel der Rekrutierung wirtschaftlicher Führungseliten aufweisen.

6.2 *Fazit*

Die in den zitierten Studien präsentierten Befunde lassen sich als Belege für eine zweifache Ausgrenzung interpretieren: An der Gestaltung der politischen und gesellschaftlichen Lebensverhältnisse sind höhere Einkommens- und Bildungsschichten stärker beteiligt als Bevölkerungsgruppen mit geringen Einkommen und niedrigen Bildungsabschlüssen. Dabei beruht der Zugang zur gesellschaftlichen Elite selbst nicht nur auf meritokratischen Kriterien, d.h. er ist nicht allein durch Leistung begründet, sondern wird weitgehend auch durch materielle und immaterielle Privilegien gesteuert.

Strategien zur sozialen Inklusion müssen an beiden Stellen ansetzen, indem sie zum einen politische und gesellschaftliche Partizipation einkommensschwacher und bildungsferner Bevölkerungsschichten gezielt fördern und zum anderen Zugangsbarrieren zu einflussreichen Positionen, die nicht durch Leistung, sondern durch Privilegien begründet sind, beseitigen.

Darüber hinaus sind die Untersuchungen zu Formen und Bedingungen gesellschaftlicher Teilhabe weiter auszubauen, um genauere Kenntnisse über bisher noch unzureichend erforschte Aspekte wie insbesondere die Teilhabe von Migrantinnen und Migranten sowie von Menschen mit Behinderung gewinnen zu können.

Literaturverzeichnis

- Backes, Gertrud: Frauen und soziales Ehrenamt: Zur Vergesellschaftung weiblicher Selbsthilfe, in: Beiträge zur Sozialpolitik-Forschung Bd. 1, Augsburg 1987
- Berndt, Michael; Sack, Detlef: Globalisierung, Demokratie und Partizipation, in: Dies. (Hg.): Global Governance? Voraussetzungen und Formen demokratischer Beteiligung im Zeichen der Globalisierung, Wiesbaden 2001
- Braun, Joachim; Burmeister, Joachim; Engels, Dietrich (Hg.): „*seniorTrainer:in*: Neue Verantwortungsrolle und Engagement in Kommunen, Zwischenbericht zur ersten Phase des Bundesmodellprogramms Erfahrungswissen für Initiativen, Köln 2004
- Braun, Joachim; Röhrig, Peter: Umfang und Unterstützung ehrenamtlicher Mitarbeit und Selbsthilfe im kommunalen Sozial- und Gesundheitsbereich, in: Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (Hg.): Freiwilliges soziales Engagement und Weiterbildung, Bonn 1986
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Kurzzusammenfassung: 2. Freiwilligensurvey 2004 – Ehrenamt, Freiwilligenarbeit, bürgerschaftliches Engagement, online abrufbar unter [www.bmfsfj.de/Redaktion BMFSFJ/Arbeitsgruppen/Pdf-Anlagen/ 2.freiwillegensurvey-kurzzusammenfassung.pdf](http://www.bmfsfj.de/Redaktion_BMFSFJ/Arbeitsgruppen/Pdf-Anlagen/2.freiwillegensurvey-kurzzusammenfassung.pdf)
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): „Freiwillegensurvey 1999“, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bde. 194.1 – 194.3, Bonn 2000
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (Hg.): Recherche zum freiwilligen Engagement von Migrantinnen und Migranten, Bonn 2002
- Cumming, Elaine; Henry, William E.: Growing old. The process of disengagement, New York 1961
- Engels, Dietrich: Soziales, kulturelles, politisches Engagement, Köln 1991
- Engels, Dietrich; Martin, Miriam: Analysen zu Einkommensarmut und Lebenslagen in Deutschland auf der Grundlage des Sozio-oekonomischen Panels für die Jahre 1999 bis 2002, Köln 2004
- Engels, Dietrich; Sellin, Christine: Konzept- und Umsetzungsstudie zur Vorbereitung des Armuts- und Reichtumsberichts der Bundesregierung, BMA-Forschungsbericht Nr. 278, Bonn 1999
- Enquete-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“ des Deutschen Bundestages (Hg.): Bürgerschaftliches Engagement: Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft, Opladen 2002

- Europäische Kommission, Gemeinsamer Bericht über die Soziale Eingliederung als Fazit der Auswertung der Nationalen Aktionspläne für soziale Eingliederung (2003-2005), Brüssel 2003
- Eurostat: The methodology of calculation of the Laeken indicators of monetary poverty, Brüssel 2002
- Evers, Adalbert; Olk, Thomas; Roth, Roland; Kortmann, Karin: Engagementpolitik als Demokratiepoltik: Reformpolitische Perspektiven für Politik und Bürgergesellschaft, in: neue praxis 4/2002
- Faulde, Joachim: Jugendverbände: Auslauf- oder Zukunftsmodell? Verbandliche Jugendarbeit zwischen Tradition und Moderne, in: neue praxis 5/2003, S. 422 ff
- Gabriel, Oscar et al.: Bürgerengagement in Form von ehrenamtlicher Tätigkeit und sozialen Hilfsleistungen, in: Statistisches Bundesamt (Hg.), Alltag in Deutschland - Analysen zur Zeitverwendung, Schriftenreihe „Forum der Bundesstatistik“ Band 43, Bonn 2004
- Gensicke, Thomas: Freiwilliges Engagement in den neuen und alten Ländern, in: Braun, Joachim; Klages, Helmut (Hg.): Freiwilliges Engagement in Deutschland – Freiwilligensurvey 1999, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend Bd. 194.2
- Habermas, Jürgen: Strukturwandel der Öffentlichkeit. Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962 (Neuauf.: Frankfurt a.M. 1990)
- Haupt, Hanna; Liebscher, Reinhard; Winkler, Gunnar: Zur Situation von Menschen mit Behinderungen im Freistaat Thüringen, Thüringer Ministerium für Soziales, Familie und Gesundheit (Hg.), Erfurt 2003
- Kommission „Impulse für die Zivilgesellschaft“, Perspektiven für Freiwilligendienste und Zivildienst in Deutschland, Berlin 2004
- Künemund, Harald: Politischer Einfluss der Älteren von morgen, in: Sozialer Fortschritt 11-12/2004, S. 286 ff
- Machatzke, Jörg: Die Potsdamer Elitestudie – Positionsauswahl und Ausschöpfung. In: Bürklin, Wilhelm; Rebenstorf, Hilke u.a. (Hg.): Eliten in Deutschland. Rekrutierung und Integration. Opladen 1997, S. 35-68
- Notz, Gisela: Ehrenamtliche Arbeit von Frauen aus arbeitsmarkt- und sozialpolitischer Sicht, Düsseldorf 1987
- Olk, Thomas: Bürgerschaftliches Engagement. Eckpunkte einer Unterstützung freiwilliger und gemeinwohlorientierter Aktivitäten in Staat und Gesellschaft, in: neue praxis 3-4/2003, S. 306 ff

- Rattinger, Hans; Faas, Thorsten: Politische Konsequenzen von Arbeitslosigkeit: Eine Analyse der Bundestagswahlen 1980 bis 2002, in: Wüst, M. (Hg.): Politbarometer, Opladen 2003, S. 205-238
- Rattinger, Hans; Maier, Jürgen: Economic Conditions and Voting Behavior in German Federal Elections 1994-2002, in: German Politics 13 (2004), S. 201-217
- Schulze, Eva; Steffens, Tomas: Privilegierte Lebenslagen als Grundlage sozialer Hierarchie. Gutachten des Berliner Instituts für Sozialforschung GmbH im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin 2003 (unveröff.)
- Schupp, Jürgen et al.: Repräsentative Analyse der Lebenslagen einkommensstarker Haushalte. Gutachten im Auftrag des im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit und Soziale Sicherung, Berlin 2004 (unveröff.)
- Sen, Amartya: Inequality re-examined, Oxford 1992
- Sen, Amartya, Commodities and Capabilities, Oxford 1999
- Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) und dem Zentrum für Umfragen, Methoden und Analysen, Mannheim (ZUMA): Datenreport 2004. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland, Bonn 2004
- Statistisches Bundesamt (Hg.) in Zusammenarbeit mit den statistischen Ämtern der Länder: Zeitbudgeterhebung 2001/2002
- Volkert, Jürgen: Reichtumsberichterstattung – konzeptionelle und methodische Überlegungen aus der Perspektive von Amartya Sens Konzept der Verwirklichungschancen („Capabilities“), in: Aspekte der Armuts- und Reichtumsberichterstattung: Reichtum und Eliten – Haushaltsproduktion und Armutsprävention, hrsg. vom Bundesministerium für Gesundheit und Soziale Sicherung, Bonn 2004
- Wagner, Gert et al.: „Bürgerarbeit“: Kein sinnvoller Weg zur Reduzierung der Arbeitslosigkeit, in: DIW-Wochenbericht 04/1998
- Wahl, Hans-Werner: Die Zukunft des Alterns: Allgemeine Überlegungen und ein Szenarienspiel, in: Sozialer Fortschritt 11-12/2004, S. 274 ff
- Zierau, Johanna: Genderperspektive – Freiwilligenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeit und bürgerschaftliches Engagement bei Männern und Frauen, in: Picot, Sibylle: Freiwilliges Engagement in Deutschland. Ergebnisse der Repräsentativerhebung zu Ehrenamt, Freiwilligenarbeit und bürgerschaftlichem Engagement, Schriftenreihe des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, Bd. 194.3, Berlin 2000